

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

111 (30.3.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 53. öffentliche
Sitzung

Karlsruher Zeitung.

N. 111.

Freitag, 30. März

1906.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

53. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 29. März 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906 und 1907. Ausgabe Titel X: Unterrichts- und Erziehungs- und Höhere Unterrichtsanstalten. — Druckloche Nr. 10 c (1) — Berichterstatter: Abg. Döhrcher. (Fortsetzung)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Frhr. v. Dusch und Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Zunächst werden folgende Einläufe verlesen:

1. Bitte der nichtetatmäßigen Beamten der Großh. Badischen Eisenbahnverwaltung um Gehaltserhöhung;
2. Nachtrag zu der Petition des Verbandes der badischen Grund- und Hausbesitzervereine, den Vermögens-Neuerwerbseigentum betreffend;
3. Nachtrag zu der Petition des badischen Landstraßenwärtersvereins, die Besserung der Dienstbezüge der Landstraßenwärter betreffend, übergeben vom Abg. Belzer;
4. Bitte des Eisenbahnkomitees Merchingen, Amt Adelsheim, die Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Osterburken nach Merchingen betreffend, übergeben vom Abg. Veiser;
5. Bitte der Orte Müllsheim, Wertheim, Schweinberg, Steinfurt, Steinbach, Gundheim, Dörlesberg, Raffig, Sonderruth, Uffigheim und Giersheim, der Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Löwenstein-Wertheim-Freudenbergschen Standesherrschaften, sowie der Handelsgenossenschaft Wertheim, den Bau einer Eisenbahn von Walldürn über Hardheim—Müllsheim nach Wertheim betreffend, übergeben vom Abg. Neuhaus.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden Ziffer 1 und 3 der Budgetkommission, Ziffer 2 der Steuerkommission, Ziffer 4 und 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Zur Tagesordnung erhält sodann zunächst das Wort Abg. Frig (Dem.): Zu den Zweigen der Wissenschaft, welche meines Erachtens auf unseren Hochschulen nur eine sehr mäßige Bearbeitung und Förderung erfahren, gehört insbesondere auch die Pädagogik. Zwar werden in Heidelberg, wie auch in Freiburg, einige Vorlesungen darüber gehalten; es werden auch einige methodische Uebungen vorgenommen. Allein eine Professur für Pädagogik haben wir leider in Baden noch nicht. Unsere Nachbarstaaten sind darin freilich auch nicht besser daran als wir; aber ich darf doch darauf hinweisen, daß in Bayern vor einigen Wochen die Liberale Vereinigung des dortigen Landtages einen Antrag an die königliche Staatsregierung eingebracht hat, in welchem sie die Errichtung von Professuren für Pädagogik an den drei bayerischen Landesuniversitäten fordert.

Ich habe nicht vor, heute in eine eingehende Begründung der Bedürfnisfrage einzutreten; ich nehme aber mit Bestimmtheit an, daß diese Frage, die ja durchaus keine neue ist, auch im Schoße der Großh. Regierung schon in Erwägung gezogen worden ist. Es wird auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Erziehungs- und Unterrichtslehre eine so wichtige Materie ist, eine viel wichtigere, als manche andere, für die wir an unseren Hochschulen Lehrstühle erstellt haben. Ich möchte daher nur kurz hier an die Großh. Regierung die Bitte richten, dieser Frage näher zu treten, und ich glaube, daß sie dann dazu kommen wird, uns im nächsten Voranschlag eine Anforderung für die Errichtung einer Professur für Pädagogik an einer der beiden badischen Universitäten zu stellen.

Ich möchte dann bei dieser Gelegenheit eine weitere Anfrage an die Großh. Regierung richten, wie sie sich zur Zulassung der Lehrer zum Studium der Pädagogik an den Universitäten stellt. Die beiden Fragen hängen ja ziemlich eng zusammen. Hessen und Sachsen sind uns darin vorangegangen, man läßt dort die Volksschullehrer unter gewissen Bedingungen als akademische Bürger zum Universitätsstudium zu, und nimmt nach Ablauf von 5 Semestern eine Staatsprüfung ab. Aus denjenigen, welche diese Staatsprüfung bestehen, rekrutieren sich dann die Rektoren und Kreis Schulräte, also die unteren und mittleren Schulaufsichtsbeamten und insbesondere auch die Seminarlehrer. Wir haben auf dem

vorigen Landtag in der Schulkommission und auch hier im Plenum diese Frage besprochen, und es ist mir auch bekannt, daß die Großh. Regierung darüber schon in Erörterungen eingetreten ist. Ich möchte mir daher die Anfrage an sie erlauben, wie weit die Sache heute gediehen ist.

Der Herr Kollege Rohrhurst hat in dankenswerter Weise eine Frage hier angeknüpft. Er hat den Wunsch hier ausgesprochen, die Großh. Regierung möchte die an der Universität Heidelberg eingerichteten Hochschulfürse für Lehrer unterstützen. Ich möchte dem nur beitreten. Da nun aber der Herr Regierungsvertreter sich dahin ausgesprochen hat, daß diese Sache vielleicht besser seinerzeit beim Volksschulrat besprochen würde, so will ich mich auch jetzt nicht weiter darauf einlassen und nur kurz das eine hier beifügen, daß die große Zahl der Lehrer, die auf entlegenen kleinen Stellen des Schwarzwaldes und Odenwaldes jahraus, jahrein amtierend, die dort im allgemeinen nur eine recht geringe geistige Anregung finden können, mit besonderer Freude den Anregungen entgegensehen, die ihnen solche Hochschulfürse gewähren, und daß sie gerne bereit sind, materielle Opfer dafür zu bringen. Andererseits darf auch von der Großh. Regierung erwartet werden, daß sie in jeder Weise solche Veranstaltungen fördert, die am Ende doch wieder unserer Schule zugute kommen.

Was die Frage der Organisation unserer obersten Schulbehörde betrifft, so will ich auch darauf, nach den erschöpfenden und, wie ich glaube, überzeugenden Ausführungen meines Freundes Heimbürger nicht näher eingehen. Ich will aber doch das eine betonen, daß ich in dieser Frage noch genau auf dem gleichen Standpunkt stehe, den ich auf dem letzten Landtage hier präzisiert habe, daß ich der Ansicht bin, daß bei der heiligen Verbindung des Unterrichtsministeriums mit dem der Justiz und des Kultus wohl unsere Hochschulen, auch vielleicht unsere Mittelschulen gedeihen können, daß aber nach meiner Ansicht das für die Volksschulen nicht zutrifft.

Ich bin der Ansicht, daß im Interesse der Volksschule eben ein selbständiges, von Justiz und Kultus getrenntes Unterrichtsministerium dringend gewünscht werden muß. Ich kann mich auf diese wenigen Worte hier beschränken.

Abg. Kräuter (Soz.): Zunächst möchte ich bezüglich des Neubaus des Kollegienhauses in Freiburg den Wunsch aussprechen, daß die Ausführung der Arbeiten möglichst beschleunigt werden möchte. Ich habe mich zwar gestern an Ort und Stelle überzeugt, daß in der Tat mit dem Abbruch des alten Gebäudes angefangen wurde; jedoch glaube ich, daß mein Wunsch trotzdem begründet und berechtigt sein dürfte. Man braucht nur an das warnende Beispiel des Baues der Universitätsbibliothek zurückdenken. Dieser Bau hat sich den Namen „der ewige Bau“ im Volksmund erworben, weil es fast nicht mehr zu erleben war, bis er fertig wurde, und Sie erinnern sich, daß auch das Hohe Haus hier sich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigen mußte, teilweise wegen der sehr bedeutenden Ueberschreitung des Vorkurschlages. Mein Wunsch dürfte ferner aus dem Grunde berechtigt sein, weil die Zahl der Studierenden in Freiburg fortwährend im Steigen begriffen ist. Die Stadt Freiburg hatte im letzten Jahr den 2000. Student n gefeiert und gab ein Fest zu Ehren dieses Jubiläums. Diese Zahl 2000 ist aber jetzt schon beträchtlich überstiegen.

Ich möchte hierbei aber noch einen anderen Wunsch aussprechen, und der betrifft die Vergütung der Arbeiten. Im allgemeinen möchte ich wünschen, daß die Ar-

beiten möglichst an Freiburger Handwerker vergeben werden, und zwar braucht man hierbei nicht gerade das Mindestangebot im Auge zu behalten, sondern die Leistungsfähigkeit der betreffenden Unternehmer sollte jedenfalls mehr in Betracht kommen. Ich möchte also bitten, daß die Großh. Regierung einigermaßen diesem Wunsche Rechnung tragen möchte.

Bezüglich der psychiatrischen Klinik in Freiburg sind auch mir Wünsche zu Ohren gekommen, die dahin gehen, daß die Anstalt verlegt werden möchte und zwar aus dem Grunde, weil, wie schon der Herr Abg. Obkircher erwähnte, diese Anstalt jetzt fast mitten im Verkehrsleben drin steht, während sie zur Zeit ihrer Errichtung noch ziemlich fern von der Stadt lag. Die Anstalt hat jetzt aber auch schon eine Filiale auf der anderen Seite der Straße am unmittelbaren Verkehr der Hauptstraße. Daß die Lage dieser Klinik an einer verkehrsreichen Straße mancherlei Gedanken bei den vorübergehenden Passanten wach ruft, ist leicht begreiflich. Ich glaube, daß sich die Verlegung dieser Anstalt bewerkstelligen ließe, ohne daß der Staat große Nachteile dabei haben würde; denn ein noch so neues und stattliches Gebäude wird sich ohne Zweifel wieder zu einem anderweitigen nützlichen Zweck verwenden lassen.

Es wurden nun auch von dem Herrn Abg. Fehrenbach die zwei Neubauten bei dem Hospital in Freiburg erwähnt. Diese wurden von der Stadt Freiburg unter Aufbringung von großen Opfern errichtet, und solche Opfer sind in der Hauptsache nur möglich durch die sogenannte „Oberbürgermeisterpolitik“. Bald wird die Anstalt wieder nicht ausreichen. Dem in dem Hospital in Freiburg werden nicht nur Patienten aus der Stadt, sondern hunderte von auswärts untergebracht. Es wäre zu wünschen, daß die Großh. Regierung in bezug auf den gewährten Betriebszuschuß noch ein bißchen weiter gehen würde, und zwar auch deshalb, damit die Verwaltung des Hospitals nicht wieder in kurzer Zeit den Verpflegungspreis erhöhen muß.

Schließlich möchte ich noch wünschen, daß die vom Herrn Kollegen Frank in Anregung gebrachte Professur für Orthopädie speziell in Freiburg errichtet werde.

Abg. Schmidt-Bretten (Wund d. Landw.): Die von dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts geforderte neue Direktorstelle werden auch wir bewilligen. Man hat mit Recht anerkannt, daß das Budget reiche Mittel für unsere Hochschulen vorzieht, aber auch wir bedauern, daß künftighin keine Posten mehr vorgesehen werden sollen für Stipendien für die Studierenden der Theologie.

Es ist dann ein Wunsch weiter Volkstreuise, daß auch bei uns in Baden an einer unserer Universitäten ein Lehrstuhl für homöopathische Medizin errichtet werde. Die Homöopathie wird zwar von den allopathischen Ärzten unter Aeußerungen äußerster Unduldsamkeit als nicht ebenbürtig angesehen; jedoch beweisen die täglichen Erfolge, die von den homöopathischen Ärzten zu verzeichnen sind, daß an der Sache doch etwas sein dürfte. Die Schweiz und Amerika haben schon derartige homöopathische Lehrstühle errichtet, und es wäre deshalb an der Zeit, daß auch bei uns in dieser Hinsicht etwas geschehen würde. Die Folge davon, daß wir keine derartigen Lehrstühle haben, ist die, daß die Studierenden der Medizin, die Anhänger der Homöopathie sind, ins Ausland gehen müssen.

Von dem positiv gesinnten Teil unserer evangelischen Bevölkerung wird es als eine Ungerechtigkeit angesehen, daß von den 8 Professoren der Heidelberger

theologischen Fakultät 7 der liberalen Richtung angehören, nur einer der positiven. Das entspricht beinahe nicht der Gesinnung der protestantischen Kirchenbesucher, aber auch nicht der Zahl der Studierenden der Theologie, die Anhänger der positiven Richtung sind; diese sind infolgedessen auch genötigt, an außerbadische Universitäten zu gehen. Auch derjenige, der nicht Anhänger der positiven Richtung ist, muß es als eine Ungerechtigkeit ansehen, daß hier den Wünschen der positiv gesinnten Bevölkerung nicht mehr Rechnung getragen wird.

In der Förderung des Turnens an unseren Hochschulen sind wir Preußen gegenüber sehr rückständig. In Preußen ist an jeder Universität eine Universitäts-turnhalle, die den Studierenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Als vor einigen Jahren nach Abbruch der Heidelberger städtischen Turnhalle die Heidelberger Turnerschaft sich an den Direktor des Heidelberger Gymnasiums wandte mit der Bitte, ihnen zweimal in der Woche die Turnhalle zu überlassen, ist diese Bitte mit der Begründung abgelehnt worden, die Turnhalle würde dadurch zu sehr abgenutzt werden. Ich möchte hier den Wunsch des Herrn Kollegen Rohrhurst unterstützen und bitten, daß in Heidelberg eine Universitäts-turn- und Fechthalle errichtet, und daß dort auch ein besonderer Turnlehrer angestellt wird.

Sehr erfreulich ist es, daß man auch von Seiten der Regierung endlich dahin kommt, die ausländischen Studenten anders als die inländischen zu stellen. Es ist eine alte und wohlbegründete Klage unserer Studenten, besonders der Chemiker, daß ihnen die ausländischen Studenten die besten Plätze vorwegnehmen. Selbst wenn die ausländischen Studenten doppelte Kollegengelder zahlen müßten, wäre für sie das Studium bei uns im allgemeinen noch billiger als auf ihren Heimatsuniversitäten.

Was das Rechnungswejen der Studentenaus-schüsse betrifft, so gebe ich den Herren Abgg. Frank und Heimburger Recht, daß es gut wäre, wenn die Großh. Regierung dieser Frage ihr Augenmerk schenkte. Auch mir ist ein Fall bekannt, wo ein Studentenausschuß einer unserer Hochschulen, der aus sieben Mitgliedern besteht, bei einem „Frischoppen“, der sich allerdings etwas länger hinzog, auf Kosten der Allgemeinheit den Betrag von 350 Mark verzehrt hat.

Es ist erfreulich, daß sich die Großh. Regierung hinsichtlich der Frage der konfessionellen Verbindungen auf den einzig richtigen Standpunkt gestellt hat, den auch das ganze Hohe Haus einnimmt: nämlich auf den, daß die Angehörigen dieser Studentenverbindungen nicht als Studenten zweiter Klasse betrachtet werden. Ich selbst war als Student kein Anhänger und kein Freund dieser konfessionellen Verbindungen und ich bin es auch heute noch nicht; aber es muß geradezu lächerlich erscheinen, wenn man unter dem Vorwand der akademischen Freiheit verlangt, daß die Mitglieder dieser konfessionellen Verbindungen von der Vertretung der Studentenschaft ausgeschlossen sein sollen. Ich meine, man sollte auch hier Jeden nach seiner Fassung selbstig werden lassen; man sollte ermöglichen, daß Jeder ohne Schaden bei derjenigen Verbindung eintreten kann, zu der er Lust hat. Dieser Standpunkt entspricht der wahren akademischen Freiheit.

Abg. Kopf (Zentr.): Der Herr Kollege Fehrenbach hat bereits namens unserer Fraktion die Gründe auseinandergesetzt, die uns dahin führten, der Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums, wie es von der andern Seite des Hohen Hauses gewünscht wurde, nicht zuzustimmen. Seine Ausführungen haben

nun zum Teil eine Kritik erfahren, auf die ich doch mit einigen wenigen Worten erwidern muß.

Der Herr Kollege Frank hat sich allerdings die Sache leicht gemacht; er hat vorgeschlagen, man solle einfach die Anforderung für das Kultusbudget streichen, dann seien ja die Mittel vorhanden. Der Herr Staatsminister hat darauf die nach meiner Meinung einzig richtige Antwort gegeben, die eben dahin geht, daß man uns nicht zumuten kann, daß wir in eine ernste Erörterung eines solchen Vorschlags eintreten. Wir — das kann ich noch beifügen — protestieren gegen eine derartige abfällige Behandlung dieser Ausgabe, die auch im allgemeinen Staatsinteresse gemacht ist (Zurufe), gerade wie wir gegen diejenige Behandlung protestieren, die der Herr Kollege Frank der katholischen Theologie hat zuteil werden lassen (Zuruf des Abg. Dr. Frank: War allgemein gesagt).

Der Herr Kollege Heimburger hat gemeint: Wir hätten ja den fünften Minister schon — und es sei deshalb ja sehr einfach, daß man den auch an die Spitze eines Ministeriums stellt, nämlich an die Spitze des Unterrichtsministeriums. Er hat auch gemeint: Wir hätten ja seinerzeit gegen die Etablierung dieses fünften Ministers keinen Einwand erhoben. Demgegenüber muß ich nur hervorheben, daß bekanntlich die Kammer bei der Ernennung jenes „fünften Ministers“, wie man sich auszudrücken beliebt, vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist. Ich bin auch der Meinung, daß mit den paar tausend Mark, die der Herr Direktor der Domänenverwaltung in seiner Eigenschaft als Mitglied des Staatsministeriums mehr bezieht, als er sie als einfacher Direktor beziehen würde, die Mehrkosten eines Unterrichtsministeriums in gar keiner Weise ausgeglichen werden. Man kann sich eine solche Organisation doch überhaupt nicht anders als in der Weise denken, daß eben der Oberschulrat eine Ministerialbehörde würde; und das würde selbstverständlich sehr bedeutende und sehr kostspielige Umwandlungen nötig machen; es würden selbstverständlich damit sämtliche Beamten des Oberschulrats doch in andere Gehaltsklassen kommen: die Oberschulräte würden Ministerialräte, teilweise auch bloß Regierungsräte; aber auch die mittleren Beamten kämen in andere Gehaltsklassen, und die Befugnis der Kreisochulräte und ihre Zahl müßte vermehrt werden. Es ist ja selbstverständlich, daß das eine ganze Reihe von Mehrkosten verursachen würde.

Der Herr Kollege Heimburger hat dann gemeint: die Umwandlung des Oberschulrats in ein besonderes Unterrichtsministerium würde keineswegs zur Konsequenz führen, daß man dann auch andere Mittelstellen entsprechend umwandeln müßte. Ich gebe zu, daß wir das in der Hand hätten. Aber ich glaube, alle, oder doch die meisten derjenigen Gründe, die für die Umwandlung einer dieser bisherigen Mittelstellen vorgebracht würden, könnte man dann doch bei der oder jener anderen Mittelstelle auch geltend machen; es würde z. B. auch viele Schreibereien ersparen, wenn die Generaldirektion der Staatseisenbahnen als solche, als eigene Stelle aufgehoben und mit dem Eisenbahnministerium verbunden würde. Aber ich meine, diese Mittelstellen haben ihre gute Berechtigung, sie haben mit einer solchen Um-menge von, ich möchte sagen, Lappalien zu tun, die wirklich in ein Ministerium nicht hineingehören, die aber auch erledigt werden müssen; es wird sich deshalb empfehlen, daß wir die Organisation, die wir seit lange haben, und die denn doch zu wirklich erheblichen Mißständen kaum geführt hat, beibehalten. Man mache es einfach wieder, wie man es früher gemacht hat, daß nämlich der Direktor des Oberschulrats gleichzeitig Mitglied des Ministeriums ist. Ich bedaure, daß das seinerzeit geändert wor-

den ist; wäre es noch so, dann wären wohl verschiedene Mißstände, die da beklagt worden sind, gar niemals eingetreten. Wir haben aber überhaupt in unserem kleinen Staate alle Veranlassung, eher auf eine Vereinfachung unserer Staatsmaschinerie, als auf eine Erweiterung derselben hinzuwirken: haben wir doch für unser kleines Land eher zu viel als zu wenig Ministerien.

Was nun die Universitäten anbetrifft, so möchte auch ich meine Befriedigung darüber aussprechen, daß das ganze Hohe Haus bereit ist, unsere Hochschulen trotz der großen Kosten, die sie dem Lande auferlegen, auf der Höhe der Zeit zu halten. Ich bedaure dabei aber allerdings, daß speziell einige der Wünsche, die seitens der Freiburger theologischen Fakultät geäußert worden sind, bisher nicht berücksichtigt worden sind. Es ist seitens des Herrn Kollegen Zehrenbach darauf hingewiesen worden, daß die theologische Fakultät wünscht, daß die Lehrstühle für christliche Archäologie und Apologetik in ordentliche Professuren umgewandelt werden. Es ist demgegenüber seitens des Herrn Staatsministers auf den Mangel an Mitteln hingewiesen worden. Ich möchte aber doch betonen, daß ja schon der Herr Kollege Zehrenbach speziell bezüglich des Lehrstuhles für christliche Archäologie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hat, daß hier eigentlich Mittel vorhanden sind, wenn man nur Gebrauch davon machen will: wir haben das Krauzsche Legat; da es sich bei einer derartigen Umwandlung doch eigentlich zunächst nur um einige hundert Mark handeln würde, so könnte man diese kleine Summe nötigenfalls den Zinsen dieses Legates entnehmen, es wäre das eine nennenswerte Schädigung dieses Legates nicht.

Man muß, und man hat das meines Wissens in andern Fällen auch wiederholt getan, auch ein wenig Rücksicht nehmen auf die Altersverhältnisse der betreffenden Dozenten und den Gesichtspunkt, daß man sie dem Lehrberuf erhält, daß man sie nicht bis in ihre alten Tage hinein auf eine derartige Stellung warten läßt, damit man nicht Gefahr läuft, daß sie schließlich ihre derzeitige Stellung aufgeben.

Was den anderen Wunsch betrifft, den die theologische Fakultät hat, und dem auch der Herr Kollege Zehrenbach Ausdruck gegeben hat, daß ein in der Theologie bewandertes Bibliothekar angestellt werde, so kann dagegen wohl kaum etwas Begründetes geltend gemacht werden. Der Herr Kollege Rebmann hat allerdings ausgeführt, daß das nicht notwendig sei; die eigentlichen Fachbibliotheken müsse man den Seminarbibliotheken überlassen, sodas die Seminarvorstände sie zu ordnen hätten; für die allgemeine Bibliothek brauche man keinen in der Theologie besonders bewanderten Mann. Nun hat aber speziell die theologische Wissenschaft eine außerordentlich große Literatur, und gerade die Freiburger Universitätsbibliothek weist reiche alte Bestände aus dem Gebiete der Theologie auf. Das kommt daher, daß sie zusammengesetzt worden ist aus den alten Klosterbibliotheken des Oberlands. Ich bin der Meinung, daß es ganz unmöglich wäre, daß die Seminarabteilung darüber Herr werden könnte. Gerade angesichts der großen Bestände scheint mir der Wunsch der theologischen Fakultät begründet zu sein, und ich bin dem Herrn Regierungskommissar dankbar, daß er erklärt hat, es werde bei der Regierung auf keine Schwierigkeiten stoßen, wenn seitens der Fakultät ein Vorschlag gemacht werde. Ich glaube, die Regierung könnte da noch etwas übriges tun, indem sie selbst die Initiative ergreife; dann würde die Sache geringeren Schwierigkeiten begegnen, als wenn man abwartet, bis die Universität selbst darin vorangeht.

Es ist seitens des Herrn Kollegen Rohrhurst bedauert worden, daß die 6000 M. für evangelisch-

theologische Stipendien zugunsten der Universität Heidelberg gestrichen worden sind. Der Strich ist ja in der Budgetkommission auf Antrag unserer Parteigenossen erfolgt. Aber wir legen Wert darauf, festzustellen, in welchem Zusammenhange das geschehen ist. Wenn Sie das Kultusbudget ansehen, so finden Sie dort zwei Positionen zugunsten des erzbischöflichen Konvikts in Freiburg, eine im Ordinarium mit 15 000 M. und eine andere im außerordentlichen Budget mit 20 000 M.

Die Groß-Regierung hat diese Anforderungen gestellt unter Betonung ganz erheblicher Billigkeitsgründe, die hier vorliegen. Man könnte auch darüber streiten, ob nicht Rechtsgründe vorliegen. Wir werden uns darüber bei Beratung des Kultusbudgets unterhalten. Heute ist dazu nicht der Ort, und ich will mich deshalb heute nicht darauf einlassen. Aber nachdem die Mehrheit der Budgetkommission zu unserem Bedauern diese beiden nach unserer Meinung wohl begründeten Positionen gestrichen hat, erforderte es die Parität, daß auch die Anforderung für die evangelischen Theologiestudierenden gestrichen wird. Es tut uns außerordentlich leid, daß es so gekommen ist. Und wenn es dem Einfluß des Herrn Kollegen Rohrhurst gelingen sollte, seine Fraktionsgenossen oder wenigstens einen Teil davon dazu zu bestimmen, daß jene Anforderungen für das theologische Konvikt genehmigt werden, so wird die Genehmigung dieser 6000 M. unsererseits nicht dem geringsten Widerstand begegnen. Wir haben gerade deswegen auch beantragt, daß die Abstimmung über den Strich dieser 6000 M. ausgesetzt wird bis zur Beratung des Kultusbudgets. Wenn diesem Antrag entsprochen wird, so ist der Zusammenhang, in dem alle diese Anforderungen mit einander gebracht werden müssen, klar gestellt. Für jeden, der guten Willens ist, geht hieraus klar hervor, daß wir aus guten Gründen, aber nicht aus Abneigung oder Uebelwollen gegen die evangelische Konfession zu diesem Abstriche gekommen sind.

Es sind anlässlich der Beratung des Hochschulbudgets auch die volkstümlichen Vortragskurse erwähnt worden, die seitens der Herren Universitätsprofessoren in den letzten Jahren in den Hochschulstädten oder in Nachbarstädten gehalten worden sind. Auf Grund der Erfahrung, die ich selbst in Freiburg mit diesen Veranstaltungen gemacht habe, kann ich nur sagen, daß sie gut gewirkt haben und daß das Volk für diese Veranstaltungen sehr dankbar ist. Voraussetzung des Gelingens ist freilich, daß man bei der Auswahl der Themata in taktvoller Weise vorgeht, daß insbesondere alle Gebiete ausgeschlossen werden, in denen sich religiöse oder politische Gegensätze geltend machen, alle Kontroverspunkte, möchte ich sagen, weil das leicht da oder dort Verstimmung erregen könnte. Wenn aber die Themata gewählt werden aus dem Gebiete der Hygiene, der Medizin, der Literatur, der Kunst, der Kunstgeschichte und dergleichen, so kann die Verbreitung derartiger Kenntnisse nur begünstigt werden; die allgemeine Bildung wird dadurch gehoben, und es werden auch die Opfer, die das Volk für die Hochschulen tragen muß, viel leichter verstanden und getragen, wenn nach dieser Richtung etwas geschieht.

Ob es gerade nötig sein wird, Staatsmittel dafür aufzuwenden, das scheint mir allerdings etwas zweifelhaft. In Freiburg ist man durch das Zusammengehen verschiedener Vereine aller Richtungen und durch Beiträge der Stadt recht gut ausgekommen. Ich gebe aber zu, daß, wenn auch in etwas kleineren Städten derartiges veranstaltet würde, es schwerer möglich wäre, mit eigenen Mitteln auszukommen, und meinerseits besteht kein Bedenken, solchen Anforderungen, wenn sie ins Budget eingestellt werden, zuzustimmen.

Der Herr Kollege Obkircher hat die Frage berührt, ob die Damen, die sich dem Rechtsstudium widmen, zum juristischen Staatsexamen zugelassen werden sollen. Ich habe die Antwort, die der Herr Staatsminister darauf gegeben hat, meinerseits begrüßt. Ich gebe zu, daß Damen in gewissen Gebieten, die der Herr Kollege Obkircher genannt hat, ja auch recht gut ihre juristischen Kenntnisse verwerten könnten. Ich bin aber doch der Meinung, daß, soweit man zu ihrer Verwendung übergehen will, in der Tat das Doctorexamen genügt. Würde man sie zu Rechtspraktikanten und Referendären ernennen, so würde das Konsequenzen ergeben. Sobald der erste Schritt getan ist, würde die Logik verlangen, daß man sie auch in anderen Stellungen, für die man Juristen verlangt, verwendet; ich glaube aber nicht, daß das dem Bedürfnis und dem Willen unseres Volkes entspricht, auch deshalb nicht, weil ohnehin schon eine Ueberfüllung des juristischen Berufes vorhanden ist. Es muß doch gesagt werden, daß die Frau, wenn sie sich wissenschaftlich betätigen will, sich zweckmäßiger auf das Gebiet der Medizin und des Unterrichts begibt. Dort kann sie etwas Gutes leisten, während es mir zweifelhaft ist, ob sie auf juristischem Gebiet die nötigen Voraussetzungen erfüllen kann (Zuruf: Es gäbe gute Advokaten! Heiterkeit).

Es hat mich gefreut, daß trotz grundsätzlicher Gegnerschaft, die nicht bloß von dem Herrn Staatsminister, sondern auch von einigen anderen Herren Vordrednern ausgesprochen worden ist, bezüglich der konfessionellen Verbindungen diesmal allgemein die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß man sie keinesfalls befähigen und noch weniger im Zwangswege unterdrücken dürfe. Ich will deshalb auch, weil mit dieser Sachlichkeit gesprochen worden ist, nicht mit den Herren über die Gründe rechten, die sie gegen die konfessionellen Korporationen ins Treffen geführt haben. Nur das eine will ich sagen: daß selbstverständlich gewisse Strömungen einer Zeit auch in den Kreisen der Studenten zum Ausdruck kommen; in Zeiten, in denen religiöse Fragen größeres Interesse erregen, wie in der unsrigen, werden natürlich auch religiöse Gesichtspunkte in den Kreisen der Studenten mehr in den Vordergrund treten. Im übrigen möchte ich den Herren, die als grundsätzliche Gegner der konfessionellen Verbindungen sich bekannt haben, doch nur zwei Gedanken zur Erwägung anheimgen: Korporationen, die der Religion einen höheren Platz unter ihren Prinzipien einräumen, vertreten damit jedenfalls den Standpunkt des Idealismus, sie sind naturnotwendig Feinde alles Gemeinen, alles Banausentums, und ich meine, dafür müßte man gerade in einer Zeit, die doch im großen und ganzen sehr materialistisch gerichtet ist, ein gewisses Verständnis haben. Jedenfalls wird man zugeben müssen, daß vom Standpunkt des Staatsinteresses gegen derartige ideale Bestrebungen, auch wenn sie auf dem religiösen Gebiete liegen, irgend ein Bedenken nicht im Wege steht, daß im Gegenteil staats-erhaltende Gesichtspunkte für diese Verbindungen sprechen.

In zweiter Reihe mache ich darauf aufmerksam, daß der Grundsatz der Antiduellität und der Grundsatz der Sittlichkeit mit Energie und Konsequenz am meisten gerade in den konfessionellen Verbindungen vertreten wird. Der Grundsatz der Antiduellität aber bedeutet nicht bloß einen Kulturfortschritt, sondern auch einen Kampf für das Geseß. Was das Prinzip der Sittlichkeit betrifft, so brauche ich nur auf die bekannten Vorträge des Professors Ziegler von Straßburg über den deutschen Studenten am Ende des 19. Jahrhunderts zu verweisen, und auf diese sehr deprimierenden Enthüllungen, die uns dieser erfahrene Herr über die verheerenden Wirkungen der Un-
sittlichkeit bei einem gar nicht geringen Teil der deutschen

Studenten, vorab an den Hochschulen der großen Städte, gemacht hat. Wenn dem gegenüber von den konfessionellen Korporationen mit Entschiedenheit der Grundsatz der Sittlichkeit vertreten wird, so ist auch das ein Gesichtspunkt, der zweifellos, vom Standpunkte der staatlichen Interessen aus betrachtet, auch von solchen nur begrüßt werden sollte, die vielleicht im übrigen für die Betonung des religiösen Prinzips kein Verständnis haben oder ihm sogar eine gewisse Abneigung entgegenbringen.

Es ist im Zusammenhang mit den konfessionellen Korporationen auch von den Studentenausschüssen gesprochen worden, und es hat speziell der Herr Kollege Frank einige Bemerkungen gemacht, denen ich nur beipflichten kann. Diese Studentenausschüsse haben in manchen Städten, und speziell in Freiburg ist das der Fall, seinerzeit große Ausgaben, tausende von Schulden gemacht. Sie haben damit nicht bloß sich, sondern auch die künftigen Studentengenerationen belastet, und man muß die Frage aufwerfen, ob das mit Recht geschehen konnte, ob man das zulassen durfte, ob man nicht vielmehr Einspruch dagegen erheben muß, daß die künftig eintretenden Studenten gezwungen werden, Schulden mit zahlen zu helfen, die von früheren Semestern gemacht worden sind. Soweit mit diesen Anlehensaufnahmen ein anerkannter Zweck verbunden war, kann man noch schließlich darüber reden. Die ersten Anforderungen in Freiburg waren für die Errichtung des Bismarturmes auf dem Schloßberg; es ist zuzugeben, daß hier ideale, vaterländische Bestrebungen für die Studentenschaft maßgebend waren. Auf vielen deutschen Univeritäten hat man damals das Bestreben gehabt, derartige Veranstaltungen zu ermöglichen, ich finde es deshalb auch verständlich, daß man in Freiburg nicht zurückbleiben wollte. Wenn aber, wie es vorgekommen ist, die Mehrheit in diesen Ausschüssen beschließt, daß gegen den Protest der Minderheit, die fast ebenso stark ist, Deputationen zu nord- oder mitteleuropäischen Studententagen abgesandt werden, auf denen dann Resolutionen gefaßt werden, die auf Unterdrückung der Minderheit, nämlich der konfessionellen Korporationen, gerichtet waren, und wenn die Minderheit zu den Kosten dieser gegen sie gerichteten Veranstaltungen noch beitragen muß, so sind das allerdings Zustände, gegen die man mit aller Energie protestieren muß. Und wenn dann noch auffällig hohe Reisekosten bewilligt werden, wie es der Herr Kollege Frank angeführt hat — er wird es ja wahrscheinlich aus authentischer Quelle erfahren haben — so wird der Uebelstand ein ganz besonders großer. Demgegenüber hat die Großh. Regierung in der Tat alle Veranlassung, der Finanzgebarung dieser Ausschüsse auf die Finger zu sehen, und unter keinen Umständen noch länger zu dulden, daß seitens der Ausschüsse eine Anlehenwirtschaft getrieben wird, und daß die derzeitigen Studenten die künftigen Kommilitonen verpflichten, wozu sie gar kein Recht haben. Die Schulden, die gemacht sind, müssen selbstverständlich bezahlt werden, denn die Handwerksleute darf man nicht entgelten lassen für das, was hier gefehlt worden ist; man muß zusehen, wie man die Mittel dafür aufbringen kann, aber in Sinkunft muß mit einem solchen System endgültig aufgeräumt sein.

Wenn ich nun zum Schluß noch einiger spezieller Freiburger Schmerzen gedenke, so komme ich zunächst auf die *Frenklinik* zu sprechen. Ich kann als Freiburger dem, was die Herren Abg. Fehrenbach, Rebmann und Kräuter gesagt haben, daß nämlich die Entfernung der Frenklinik aus jenem Stadtteil gewünscht werde, meinerseits nur beipflichten. Wenn es ohne allzu große Opfer geschehen könnte, so wäre damit wirklich für das Aufblühen des Stadtteils Herdern ein erheblicher Schritt geschehen; denn es läßt sich nicht leugnen, daß hier die

Entwicklung der Stadt bis zu einem gewissen Grade unterbunden ist, durch die Art, wie eben diese Anstalt sich einschreibt in die zu errichtenden Straßen des Stadtteils. Was unser Klinisches Hospital betrifft, so hat ja der Herr Kollege Fehrenbach schon hervorgehoben, daß der Staatsbeitrag zu den Betriebskosten glücklicherweise wesentlich höher geworden ist; aber ich möchte doch der Großh. Regierung auch meinerseits sagen, daß wir mit der jetzt eingestellten Summe noch keineswegs zufrieden sind. Es wurde seitens der Großh. Regierung auf die historischen Verhältnisse hingewiesen, wie sie eben in Freiburg bezüglich des Klinischen Hospitals geworden sind. Ich weiß solche auch zu würdigen, wir haben in Freiburg das Glück gehabt, auf Grund unserer wohlthätigen Stiftungen der Universität seinerzeit ein Spital zur Verfügung stellen zu können, und Stiftungsmittel sind auch für seine Erweiterung und seinen Betrieb verwendet worden, aber die Stiftungen haben der Freiburger Bevölkerung im Vergleich zu den Heidelbergern, die keine Stiftungen eingebracht haben, keine besonderen Vorteile gebracht. Die Verpflegungssätze waren jahrelang, jetzt nicht mehr, in Freiburg höher, als in Heidelberg, so daß wir trotz der Stiftungen eigentlich schlechter gefahren sind; das ist jetzt besser geworden. Nun hat neuerdings die Stadt Freiburg, weil sie gesehen hat, daß das klinische Hospital den Bedürfnissen nicht mehr entspricht, daß schon ein Raum-mangel vorhanden war, der schon in Wälde geradegu unerträglich zu werden drohte, aus eigener Initiative und eigenen Mitteln zwei große Krankenhäuser mit einem Aufwand von vielen Hunderttausend Mark gebaut. Es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, die Stadt Freiburg hätte, bevor sie mit diesen Bauten begonnen hätte, die Großh. Regierung um Erstellung derselben angegangen. Wenn sie es unterlassen hat, so beweist das nur, daß sie nicht kleinlich denkt, sondern daß sie großzügig diese ganze Sache auffaßt. Wenn aber Freiburg mit großen Opfern die Gebäude erstellt hat, so ist es nach meiner Meinung, wenn man die beiden Universitätsstädte paritätisch behandeln will, eine unabwendbare Verpflichtung des Staates, daß er der Stadt wenigstens das Baukapital, das sie aufgewendet hat, vollständig verzinst. Wenn es nun auch in diesem Budget nicht möglich gewesen ist, so möchte ich doch meinerseits die Erwartung aussprechen, daß es wenigstens im künftigen Budget geschehen wird.

Abg. Dr. Binz (natl.): Es ist mehrfach hingewiesen worden auf den Beschluß der Budgetkommission, die 6000 M. für Stipendien für evangelische Theologiestudierende in Heidelberg zu streichen. Auf eine weitere materielle Begründung dieses Beschlusses der Budgetkommission will ich in diesem Augenblicke aus dem auch von dem Herrn Abg. Kopf angeführten Grunde nicht eingehen. Ich will nur konstatieren, daß selbstverständlich hier wie bei dem Strich der von dem Herrn Kopf angezogenen Positionen im Kultusbudget lediglich sachliche Gründe für den Beschluß der Kommission maßgebend gewesen sind. Ich bin ganz damit einverstanden, und meine Freunde mit mir, daß wir in eine materielle Erörterung bezüglich dieser Position von 6000 M. erst im Zusammenhang mit der gewissermaßen analogen Position im Kultusbudget eingehen, also die Beschlusfassung an dieser Stelle ausgelegt wird.

Die Technische Hochschule in Karlsruhe ist seit einigen Jahren, wie Sie wissen, auch nach außen hin ebensmäßig geworden den alten Universitäten Heidelberg und Freiburg. Die Fredericiana erfreut sich, wie unsere beiden alten Universitäten, erfreulicher Blüte, und wir dürfen wohl mit Befriedigung darauf hinweisen, daß auch für das künftige Wachsen und Gedeihen dieser in unserer

modernen Zeit zumal so hochwichtigen Unterrichtsanstalt alle Gewähr geboten ist. In dem vorliegenden Budget ist die Technische Hochschule einigermaßen bescheiden bedacht. Sie finden außer der üblichen Staatsdotations im ordentlichen Budget nur noch drei kleine Positionen im außerordentlichen Budget, bei weitem nicht hinreichend an die Summen, die für die beiden Universitäten ausgegeben werden. Ich will aber selbstverständlich hier nicht etwa Vergleiche anstellen oder gar von Zurücksetzung sprechen. Es wäre auch unberechtigt, anzunehmen, daß die Technische Hochschule sich einer geringeren Aufmerksamkeit und Wertschätzung von Seiten der Großh. Regierung und des hohen Hauses erfreut, als die beiden Universitäten. Ich stehe vielmehr nicht an, der Großh. Regierung hier auch meinerseits Anerkennung auszusprechen, daß sie den neu hervortretenden Bedürfnissen unserer Technischen Hochschule ihre fortgesetzte Aufmerksamkeit schenkt und unbeschadet der peinlichen Beachtung der so oft angezogenen Finanzlage doch überall dringend hervortretenden Bedürfnissen an unserer Technischen Hochschule Abhilfe zu schaffen bemüht ist.

Schon auf einem früheren Landtage habe ich mir erlaubt, anzudeuten, ob nicht unsere Zeit dringend darauf hinweise, für Journalistik einen Lehrstuhl an unseren Universitäten zu errichten. Herr Abg. Jhrig hat gewünscht, es möchte an unseren Hochschulen die Errichtung eines Lehrstuhls für Pädagogik, selbstverständlich nicht für konfessionelle Pädagogik, wie ich annehme, ins Auge gefaßt werden. Ich glaube, wenn irgend ein Gegenstand unseres öffentlichen Lebens die intensivste Aufmerksamkeit auch von Seiten des Staates verdient, so ist es unsere Presse. Die Presse hat eine hohe Aufgabe in unserer Zeit, und wir sind gewiß alle darüber einig, daß die hohe Bedeutung dieser Aufgabe fortgesetzt im Zunehmen begriffen ist. Die Presse hat auch eine hervorragende pädagogische Aufgabe. Ich erkenne nicht gewisse Schwierigkeiten, die im Gegenstande selber liegen. Es dürften aber diese Schwierigkeiten überwindbar sein, und ich würde es begrüßen, wenn wir auf diesem echt modernen, außerordentlich wichtigen Gebiete unseres öffentlichen Lebens einen Schritt vorwärts kämen.

Es ist davon gesprochen worden durch den Herrn Abg. Schmidt-Bretten, ob es nicht angezeigt erscheine, einen Lehrstuhl für Homöopathie zu errichten. Ich stehe der Sache vollständig unbefangenen gegenüber. Ich weiß auch, daß die Anhänger der Homöopathie eine sehr rege Tätigkeit entwickeln, und es ist gewiß außer Zweifel, daß die Männer, die sich dieser Sache widmen und mit Begeisterung ihr zugetan sind, nur das Beste unseres Volkes im Auge haben. Wenn an die Volksvertretung die Frage herantritt, ob etwa der Staat von sich aus hier den aus den homöopathischen Kreisen geäußerten Wünschen entgegenzukommen Veranlassung habe, dann, meine ich, müssen wir uns doch daran erinnern, daß es sich hier um eine wissenschaftliche Streitfrage handelt, die, wie ich glaube, noch nicht so geklärt ist, daß es möglich erscheint, nun ohne weiteres unsere Universitäten auch der Homöopathie zu öffnen. Wenn ich recht unterrichtet bin, steht der weit überwiegende Teil nicht nur der praktischen Ärzte, sondern auch der Männer der medizinischen und der physiologischen Wissenschaft, der Homöopathie nicht nur sehr skeptisch gegenüber, sie verwerfen sie direkt als unwissenschaftlich. Ich stehe, wie bemerkt, diesen Fragen durchaus unbefangenen gegenüber. Aber ich schließe mich dem Wunsche an, daß die Großh. Regierung die Sache nicht außerachtlasse. Nicht kleine Kreise unseres Volkes und vielfach tüchtige Männer sind der Sache zugetan und erwarten von dem Eingang der Lehre in die praktische Medizin eine Förderung der Wohlfahrt unseres Volkes.

Es ist verschiedentlich auf den Beschluß der Mehrheit der Budgetkommission hingewiesen worden, der in der Resolution über die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums zum Ausdruck kommt.

Mehrfach wurde gegen diese Resolution eingewendet, sie beachte zu wenig den finanziellen Gesichtspunkt. Ich möchte bezweifeln, ob die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums mit der in der Resolution vorgesehenen Maßgabe eine Verteuerung der Staatsverwaltung auf diesem Gebiete mit sich brächte. Wenn der Herr Abg. Kopf gemeint hat, der Aushebung des Oberschulrats stände die Erwägung entgegen, daß doch ein Unterrichtsministerium nicht mit den vielen kleinen Dingen befaßt werden könne — der Herr Abg. Kopf sprach von Lappalien —, mit denen zur Zeit der Oberschulrat sich zu beschäftigen habe, so meine ich, unterschätzt Herr Abg. Kopf denn doch die Tätigkeit des Oberschulrats. Lappalien in dem Sinne, wie Herr Abg. Kopf gemeint hat, sind wohl kleine, manchmal formelle Dinge, die aber doch auch von prinzipieller, praktisch ernster Bedeutung sein können. Uebrigens besitzen wir in der Organisation des Schulwesens noch eine weitere Mittelstelle, die Kreis Schulräte. Der Gedanke ist schon verschiedentlich angeregt worden, daß verschiedenes von dem, was der Herr Abg. Kopf zwar mit Unrecht Lappalien nennt, sehr wohl den Kreis Schulräten überwiesen werden könnte.

Es ist übrigens nicht unsere Meinung, daß unter allen Umständen ein Unterrichtsministerium für sich allein geschaffen werde. Die Resolution geht davon aus, daß das Unterrichtsweesen in unserer Zeit an Umfang, an Bedeutung eine Stellung im staatlichen Leben einnimmt, wie nie zuvor, und daß die von uns gewünschte Organisationsänderung dieser Entwicklung Rechnung trägt. Der Herr Unterrichtsminister wird wohl auch nicht im Zweifel darüber sein, daß für den Beschluß der Mehrheit der Budgetkommission lediglich sachliche Gründe maßgebend waren und damit nicht etwa ein Mißtrauen gegen seine Person zum Ausdruck kommen sollte. Unser Herr Unterrichtsminister darf vielmehr das Verdienst in Anspruch nehmen, daß unter seiner Verwaltung bereits erfreuliche Fortschritte gerade auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu verzeichnen sind.

Es ist von konfessionellen Studentenverbindungen gesprochen worden. Ich schließe mich hier wie auch in den übrigen Ausführungen dem an, was von meinen Freunden aus der Fraktion, die vor mir gesprochen haben, schon geäußert worden ist. Die konfessionellen Verbindungen sind auch in meinen Augen eine außerordentlich beklagenswerte Erscheinung. Ich bin nicht der Meinung, daß man hier irgendwie mit Polizeimaßregeln vorgehen dürfte, ich hoffe von dem gesunden Sinne unserer gesamten deutschen Jugend, daß sie mehr und mehr erkennt, daß die konfessionelle Absonderung an unseren Universitäten nicht dem Frieden unseres Volkes, nicht zum Segen des Vaterlandes gereichen könne. Von dieser Hoffnung lasse ich mich leiten, wenn ich der heutigen Entwicklung mit einiger Ruhe gegenüberstehe.

Daß diese konfessionellen Verbindungen mit offensichtlicher Unterstützung der Zentrumsparthei entstehen, daß sie in Zusammenhang zu bringen sind mit jenen Tendenzen, die unser Volk konfessionell auseinanderzureißen bestrebt sind, nicht nur auf dem religiös-konfessionellen Gebiete, wo wir die Trennung als historische Tatsache hinnehmen müssen, sondern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, darüber bin ich mir keinen Augenblick im Zweifel. Und wenn nun der Herr Abg. Kopf gemeint hat, für diese konfessionellen Verbindungen ganz besonders in Anspruch nehmen zu dürfen, sie seien Feinde alles Gemeinen, sie seien Feinde des Banauentums, sie ständen auf dem

Standpunkt der Antiduellität, sie betonten besonders die Sittlichkeit, sie betonten das religiöse Moment, — so könnte darin, obgleich das wohl nicht in der Absicht des Herrn Abg. Kopf lag, ein Vorwurf gegen die übrige Studentenschaft, die studierende deutsche Jugend im allgemeinen erblickt werden. (Zuruf des Abg. Hergt: Das hat er nicht gesagt!) Das hat Herr Kopf nicht gesagt, aber seine Aeußerung wird Vielen in dieser durchsichtigen Tendenz erscheinen, und deshalb sehe ich mich veranlaßt, sie zurückzuweisen. Jenen Idealismus nehmen auch die nicht konfessionellen deutschen Studenten — und das sind denn doch noch die große Mehrheit — für sich voll in Anspruch, und ob gerade die konfessionellen Verbindungen für sich vorzugsweise in Anspruch nehmen dürfen, daß sie Feinde des Banauentums seien usw. (Geisterstille), das kann man vielleicht sogar mit einigen Fragezeichen versehen (Zuruf). Ja, wenn ich einen Vorwurf mache, so mache ich ihn nicht gern versteckt, ich sage das, was ich auf dem Herzen habe, offen und frei, damit es auch der freien Kritik unterstellt werden kann. Das dem Zwischenruf des Herrn Abg. Hergt!

Sorgen wir dafür, daß die sittlichen und die wahrhaft religiösen Kräfte in unserem Studententum wach erhalten bleiben und sich kräftigen, aber nicht unter konfessioneller Scheidung. Ich sollte glauben, daß unsere Jugend auf allgemein vaterländischem Boden steht, aber auch an religiösen und moralischen Grundsätzen soviel des Gemeinsamen besitzt, daß sie sich in Betätigung dieser Grundsätze auch auf nicht konfessionellem Boden zusammenschließen kann. Arbeiten wir dahin, daß da, wo Unfittlichkeit, wo Ausschreitungen, wo Banauentum, wo gemeines hervortritt in unserer studierenden Jugend, das überall ausgemerzt wird, machen wir die Kräfte lebendig, die allgemein für unser Volk und für unsere Jugend eine Besserung, wo es nottut, herbeiführen können. Wir nehmen aber für unsere deutsche studierende Jugend allgemein in Anspruch, daß sie trotz einzelner Mängel und Schäden, die wir nicht verkennen und gegen die wir überall ankämpfen, durchaus auf sittlichem Standpunkt steht und tüchtig ist und ihrer hohen Aufgabe sich nicht unwürdig erweist. Die Männer, welche aus der hohen Schule unserer obersten Unterrichtsanstalten und aus nichtkonfessionellen Verbindungen hervorgehen, können, meine ich, die Probe aushalten mit denjenigen, die die Konfessionalität auf Gebieten, wo sie keine Rolle spielen soll in unserem deutschen Vaterland, überall zur Schau tragen (Bravo!). Ich protestiere dagegen, daß der Herr Abg. Kopf bei seiner Verherrlichung der konfessionellen Studentenverbindungen das Wort gebraucht hat: „wenn etwa aus Abneigung gegen das religiöse Prinzip Antipathien gegen diese Verbindungen bestehen.“ Ich protestiere dagegen, daß es sich hier um ein religiöses Prinzip handelt. Jedem Studierenden in einer nicht konfessionellen Verbindung ist die freie Betätigung seiner religiösen Gesinnung durchaus unbenommen. Aber was wir wünschen und worin wir uns grundsätzlich unterscheiden von dem Zentrum, das ist, daß wir auf dem Boden der Freiheit stehen; wir wollen nicht diese Einkapselung der einzelnen Konfessionen, genüßlichermaßen, in freiem Wettbewerb mögen ihre Angehörigen ihre Anschauungen austauschend, sich gegenseitig hebend und fördernd, nicht in der ängstlichen, wahrhaft banauistischen Sorge, die zugleich ein Armutzeugnis ist für die Stärke der Ueberzeugung, es könnte jeder freie Lufthauch das ganze Gebäude dessen, was Sie religiöse Ueberzeugung nennen, über den Haufen werfen. Ich habe eine bessere Meinung von der Kraft der Religion, ich habe allerdings auch eine bessere Meinung von der Kraft der wahren Freiheit der Menschen. Sorgen wir dafür — ich meine, darin könnten wir uns in der Tat vereinigen — daß die Konfessionalisierung unseres Volkes

— das ist ja nicht Ihr Ideal, aber z. B. von Ihren Freunden in Bayern und anderswo — nicht in die Jugend hineingetragen werde bis hinauf zu den Hochschulen! Behüten wir unser Volk vor der großen Schädigung, welche daraus für den Frieden und die weitere gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes zu erwachsen droht!

Ich wiederhole, daß ich keine Boplotterung der konfessionellen Verbindungen und keine polizeilichen Maßregeln wünsche. Ich erwarte aber von der klaren und fördernden Kraft der Freiheit und von der Tüchtigkeit unserer deutschen Jugend, daß sie diese Krankheit überwinde! (Auf liberaler Seite: Bravo!)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Der Herr Abg. Kopf hat Protest dagegen eingelegt, daß ich der „katholischen“ Theologie den wissenschaftlichen Charakter abzuspochen versucht hätte! Ich will hier feststellen, daß ich mit keiner Silbe von der „katholischen“ Theologie geredet habe, sondern schlechthin von der Theologie (Abg. Kopf: Das ist richtig!); es macht mir aber den Eindruck, als ob der Herr Abg. Kopf vielleicht bezüglich der evangelischen Theologie mit sich reden ließe (Seiterkeit); offenbar hat er es deswegen vergessen, diese mitzuerwähnen.

Wenn ich gesagt habe, daß wir der Theologie den wissenschaftlichen Charakter abspöchen, so wollte ich und wollen wir damit selbstverständlich nicht behaupten, daß nicht innerhalb der theologischen Fakultät beider Konfessionen große wissenschaftliche Leistungen vorkommen; aber soweit da wissenschaftlich gearbeitet wird, liegt das auf dem Gebiete der Geschichte, oder der Philosophie; und das, was diese theologischen Fakultäten als ihr Eigenes in Anspruch nehmen, das liegt außerhalb des Tempels der Wissenschaft.

Nun hat der Herr Abg. Kopf auch gemeint, ich hätte mir bezüglich der Beschaffung der Mittel für das wünschenswerte Unterrichtsministerium die Sache etwas leicht gemacht; ich hätte einfach gemeint, man solle beim Kultus abstreichen. Ich will dem Herrn Abg. Kopf das jetzt etwas deutlicher sagen. Ich habe darauf verwiesen, daß seit Jahren große Ausgaben für das Priesterseminar gemacht werden, und daß der Betrag von jährlich mindestens 20 000 Mark, der dort erspart werden könnte, schon einen recht erheblichen Beitrag für die Kosten des künftigen Unterrichtsministeriums abgeben würde; und ich gestatte mir die Bemerkung, daß es nach meiner Ueberzeugung für das Interesse des Landes und für die Entwicklung unseres Schulwesens viel wichtiger ist, wenn wir ein besonderes Unterrichtsministerium haben (Abg. Süßkind: Sehr richtig!).

Ich meine übrigens, daß auch die weitergehenden Forderungen, die Zukunftsforderungen, die ich aufgestellt habe, und die auf einen völligen Strich der Kosten für den Kultus abzielen, durchaus ernst genommen zu werden verdienen (Zurufe vom Zentrum). Es hat eine Zeit gegeben, und sie liegt noch gar nicht sehr weit zurück, da hat man auch in der französischen Kammer mit genau demselben souveränen Lächeln diese Forderung abgetan; es ist aber dort in wenigen Jahren anders geworden: die Notwendigkeit, die geschichtliche Notwendigkeit, hat den Franzosen gezeigt, daß ohne Durchführung der Trennung von Staat und Kirche, ohne den Strich des Kultusbudgets, in Frankreich eine gedeihliche Weiterentwicklung im fortschrittlichen Sinne unmöglich wäre. Und, wenn etwas geeignet war, uns in unserer Ueberzeugung zu festigen, so war es die heutige Debatte, so waren es die heutigen Ausführungen des Herrn Abg. Kopf. Ich frage — und ich richte diese Frage an die Herren auf allen Seiten dieses Hauses —: Welchen Eindruck macht

es, wenn ein Abgeordneter erklärt: An sich würde ich die Einstellung von 6000 Mark für evangelische Studierende in Heidelberg begrüßen, ich halte diese Forderung für berechtigt; aber ich bewillige diese Forderung nicht, weil auf einem anderen Gebiete der katholischen Konfession ein „Unrecht“ (nach seiner Meinung) geschehen ist (Zurufe). Die also in Zukunft zu erwartenden gegenseitigen Vorrechnungen darüber, wer mehr, wer weniger bekommen hat, haben etwas geradezu Abstoßendes. Ich erinnere diejenigen Herren, welche mitgemacht haben, daran, welchen Eindruck es gemacht hat, als man in der Budgetkommission bei der Beratung über die Kosten für die Bauten des Oberstiftungsrates auszurechnen versucht hat, welche Konfession einen Anspruch darauf habe, 50 000 Mark mehr zu bekommen! Welch deprimierenden Eindruck hat das gemacht! Man konnte sich nicht einmal darüber einigen, welcher Maßstab angelegt werden sollte, ob es nach der Zahl der Seelen, ob es nach der Zahl der kirchlichen Beamten, ob es nach dem Steuerfuß gehen solle. Alle diese Möglichkeiten wurden erörtert; und ich muß gestehen, in jenem Augenblick habe ich mich mit meinen Freunden recht erhaben gefühlt, indem ich mir sagen konnte: die Sozialdemokraten haben doch ein ausgezeichnetes Programm, wenn sie diese widerwärtigen Handelsgeschäfte nicht mitzumachen brauchen (Lachen).

Nun wurde zu meiner Freude von Seiten des Herrn Kopf aber auch die Sympathie für die von uns gewünschte Demokratisierung der Wissenschaft, für die Universitätsausdehnungsbewegung ausgesprochen. Herr Kopf hat es allerdings mit einer kleinen Einschränkung getan; er will, daß bezüglich der Auswahl der Themata eine gewisse „Vorsicht“ eingehalten, daß namentlich keine Themata gewählt werden sollen, die irgendwie konfessionell verlesen könnten. Ich weiß nicht, wie weit er darin geht; nach unseren in Mannheim gemachten Erfahrungen hat aber diese Einschränkung etwas recht Bedenkliches. Wenn man bei der Wissenschaft einmal anfängt, Einschränkungen zu machen, wo soll man dann aufhören? In Mannheim wurde es schon als „Verletzung“ der katholischkonfessionellen Empfindungen angesehen, als ein hervorragender Heidelberger Forscher, Professor Klaatsch, es gewagt hat, den Mannheimer Arbeitern Vorträge über die Darwinistische Entwicklungslehre zu halten (Seiterkeit; Zurufe). Ich glaube also, die Liebeserklärungen, die der Wissenschaft von dem Herrn Abg. Kopf gemacht worden sind, haben doch einige Laken.

Nun wurde auch von Seiten des Herrn Abg. Kopf — und nach meinem Empfinden war das durchaus unnötig — ein großer Hymnus auf die konfessionellen Verbindungen gesungen. Ich hatte so das Gefühl, als wenn der Herr Abg. Kopf das präpariert gehabt hätte, und ihm das Unglück widerfahren wäre, daß nun ja niemand die konfessionellen Verbindungen überhaupt angegriffen hat. Denn welcher Anlaß lag vor, diesen Hymnus auf die konfessionellen Verbindungen anzustimmen, die Sittlichkeit der konfessionellen Verbindungen zu preisen, wenn doch von keiner Seite auch nur mit einer Silbe ein Angriff auf die konfessionellen Verbindungen und ihre Sittlichkeit gemacht worden war? Dieses öffentliche Rühmen der Sittlichkeit der Mitglieder einzelner Korporationen, das war, meine ich, doch gar nicht angebracht. Ich glaube, das Moralische sollte sich nach einem bekannten Wort „von selber verstehen“. Man sollte froh sein, wenn in dem Kreis derer, von denen wir geredet haben, Sittlichkeit vorhanden ist, und man sollte sie hier etwas weniger laut preisen.

Wenn aber der Herr Abg. Kopf unter anderem auch darauf hingewiesen hat, daß die Mitglieder der konfessio-

nellen Verbindungen Feinde des „Banauentums“ seien, so scheint er mir darin recht zu haben: ich erinnere mich an einen Vorgang in Heidelberg, wo, wenn ich recht unterrichtet bin, ein Vertreter der einen konfessionellen Verbindung sich sehr scharf gegen eine gewisse, viel genannte Broschüre, gegen den „Waldmichel“, ausgesprochen hat (Heiterkeit; Zuruf des Abg. Schöfer: Großartig!). Wenn er damit beweisen wollte, daß er ein Feind des Banauentums sei, so könnte ich das unterschreiben.

Neben anderen Wünschen ist dann von Seiten des Herrn Abg. Dr. Binz der Wunsch ausgesprochen worden, daß, was die Lehrstühle betreffe, eine Modernisierung eintreten solle, und zwar hat er besonders gewünscht, daß an einer der badischen Hochschulen ein Lehrstuhl für die Presse errichtet würde. Wenn ich nicht irre, besteht schon in Heidelberg eine außerordentliche Professur, doch kann ich mich darin auch täuschen, jedenfalls ist meines Erachtens die Anregung durchaus zu begrüßen. Es wäre sehr wertvoll, wenn diejenigen, die sich später der Journalistik widmen wollen, Gelegenheit zu allseitiger wissenschaftlicher Ausbildung bekommen könnten.

Nun könnte man einigermassen in Verlegenheit kommen, in welche Fakultät man diese Professur einreihen sollte; und da gestatte ich mir einstweilen den Vorschlag: Ich habe heute Verschiedenes gegen die katholisch-theologischen Fakultäten sagen müssen. Da nun, wie wir alle wissen, gerade in Baden die früheren Zöglinge der katholisch-theologischen Fakultäten sich mit Vorliebe später dem journalistischen Beruf widmen, so möchte ich den Vorschlag machen, daß man vielleicht die künftige Professur für die Presse der katholisch-theologischen Fakultät in Freiburg angliedere (Heiterkeit; Zuruf des Abg. Dr. Schöfer: Ja, gehen denn dann die Juden auch hinüber?; Gegenrufe; Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. Wilkens: Ich muß doch dringend bitten, daß die Debatte nicht durch derartige Zwiesprache aufgehalten wird.

Abg. Kopf (Zentr.): Der Herr Abg. Binz hat, um Stoff zur Entrüstung zu bekommen, meinen Worten einen Sinn unterlegt, gegen den ich nur auf das Entschiedenste Einspruch erheben muß. Ich kann überhaupt nur dem Gefühl größter Entrüstung und Empörung Ausdruck geben gegenüber der Art, wie er aus meinen Worten einen angeblichen Angriff auf Andere konstruiert hat, während er bei ruhiger und logischer Beurteilung dessen, was ich gesagt habe, niemals etwas Derartiges herauslesen konnte. Es ist mir nicht im Traum eingefallen, irgend Jemanden anzugreifen. Ich habe zunächst festgestellt, daß von mehreren Rednern gesagt worden sei, man bedauere die Existenz der konfessionellen Verbindungen, man sei ihr prinzipieller Gegner usw. Das kann einem Freund und einem ehemaligen Mitglied einer konfessionellen Verbindung nicht gleichgültig sein und deshalb hatte ich alle Veranlassung, mich darauf zu äußern. Ich habe nun gesagt, ich wolle mit den Herren darüber nicht rechten, ob ihre Gründe, die sie gegen die konfessionellen Verbindungen ins Feld führen, berechtigt sind oder nicht; dann habe ich beigelegt, zugunsten der konfessionellen Korporationen wolle ich nur zwei allgemeine Gesichtspunkte anführen, die mit dem Konfessionellen nichts zu tun haben und für die schließlich Jeder, welcher Auffassung er im übrigen auch sei, Verständnis haben möchte. Dann habe ich ausgeführt, daß die Betonung des religiösen Prinzips immer ein Zeichen von Idealismus sei, das sei immer etwas Lobenswertes, der Staat laufe dabei gut usw. Zweitens habe ich ausgeführt, daß auch die Grundsätze der Anti-Duellität und Sittlichkeit, die konsequent und energisch von diesen Korporationen vertreten werden,

zweifellos lobenswert sind und von jedem ernstem Duellgegner begrüßt werden müssen, gleichgültig, auf welchem politischen oder religiösen Standpunkt er stehe.

Nun kommt der Herr Kollege Binz und will hier auseinandersetzen, ich hätte damit die anderen Studenten angegriffen! Das ist mir nicht im Traum eingefallen. Zweifellos gibt es in den Reihen der anderen Studenten genug Herren, die sowohl auf dem Standpunkt der religiösen Weltanschauung stehen, als auch Gegner des Duells und jedes Banauentums sind, die auch sittliche Männer sind. Aber das wissen wir auch, daß die heutige studentische Jugend — lesen Sie doch die Ausführungen von Professor Ziegler — großen sittlichen Gefahren ausgesetzt ist, und das möchte, und, wie uns Ziegler versichert, in verhältnismäßig hohem Prozentsatz diesen Gefahren unterliegen. Demgegenüber habe ich hervorgehoben, der Anschluß an eine konfessionelle Korporation habe das Gute, daß er in dieser Richtung einen gewissen Schutz biete. Das ist kein Angriff gegen andere. Wenn die Studenten solchen Schutz in anderen Korporationen auch finden, um so besser; ich habe das keiner anderen Korporation beabredet. Wenn der Herr Abg. Binz sagt, andere Korporationen seien nicht irreligiös, so will ich doch darauf aufmerksam machen, daß zweifellos tatsächlich die Mitglieder anderer Korporationen mit vielleicht verschwindenden Ausnahmen dem religiösen Leben gleichgültig gegenüberstehen. Ich weiß aus der Zeit, als ich die Hochschule besucht habe, daß niemals ein Mitglied anderer Korporationen, oder jedenfalls nur höchst vereinzelt, beim Gottesdienst zu sehen war. Ich sage nicht, daß das bei den Korporationen Prinzip war, aber der tatsächlich vorhandene Zustand ist doch bezeichnend genug. Wenn nun Herr Kollege Binz im Bruchton der Ueberzeugung sagt: haben andere Korporationen die Grundsätze nicht auch, die ich bei den konfessionellen gerühmt habe? so will ich, um nur das hervorzuheben, an das Prinzip der Anti-Duellität erinnern. Ist das bei den andern vertreten? Ist es nicht Tatsache, daß die meisten, wenigstens die farbentragenden Verbindungen, auch zugleich schlagende sind? Und kann das uns, die wir auf dem Standpunkt der Anti-Duellität stehen, gleichgültig sein? Wenn ich dargelegt habe, welche Grundsätze die konfessionellen Korporationen vertreten, ohne andere Korporationen oder die freien Studenten dazu im Gegensatz zu bringen, ja überhaupt zu erwähnen, so kann man doch nicht behaupten, daß ich andere dadurch beleidigt habe! Ich kann nur sagen, daß die Art der Bekämpfung, wie der Herr Kollege Binz sie beliebt hat, um einen neuerdings eingeführten Ausdruck zu gebrauchen — ich hoffe, er wird nicht der Rüge des Herrn Präsidenten verfallen — jedenfalls nicht gentlemanlike war.

Präsident Dr. Wilkens (unterbrechend): Ich muß bitten, daß man den Ausdruck, es sei die Handlungsweise eines Kollegen „nicht gentlemanlike“, in dieser Hause begräbt. Er hat immerhin etwas Verleidendes, und ich meine, wir wollen ihn künftig nicht mehr gebrauchen (Abg. Binz: Er tut mir nicht weh!).

Abg. Kopf (fortfahrend): Der Herr Abg. Binz hat gemeint, die konfessionellen Verbindungen würden hauptsächlich vom Zentrum gefördert. Demgegenüber muß ich hervorheben, daß die Zentrumsparthei mit ihnen gar nichts zu tun hat. Speziell die katholischen Korporationen, mit deren Geschichte ich genauer vertraut bin, sind entstanden vor 60 Jahren, zu einer Zeit, als man vom Zentrum noch gar nichts gewußt hat. Der konfessionelle Friede ist von den konfessionellen Verbindungen niemals getrübt worden; wenn einmal konfessionelle Gegensätze hervorgetreten sind, so befanden sich die konfessionellen Verbindungen immer in der Defensive. Daß sie kein Hinder-

nis für den konfessionellen Frieden sind, geht am besten daraus hervor, daß die katholischen und evangelischen Korporationen immer Freundschaft untereinander gehalten haben. Die katholischen Korporationen haben z. B. mit dem Wingolf, der jedenfalls fast nur aus Protestanten sich rekrutiert, immer am besten gestanden. Feindschaft, konfessionelle Abneigung wird also in diesen Korporationen in keiner Weise gepflegt. Ihre Arbeit ist positiv, nie aggressiv, sie besteht darin, daß den jungen Leuten ein Halt vor allem nach der Richtung, gegeben wird, daß sie den Glauben ihrer Väter in den Gefahren des Universitätslebens bewahren. Angesichts des Kampfes zweier Weltanschauungen, der heute entbrannt ist, und der auch vielfach auf den Universitäten zum Austrag gebracht wird, haben zweifellos auch konfessionelle Korporationen ihre volle Berechtigung. Die Anhänger der antireligiösen Weltanschauung tun sich im gesellschaftlichen Leben auch zusammen; warum will man dann anderen verwehren, daß, wenn sie auf dem Boden des positiven Christentums stehen, sich ebenfalls zusammenschließen? Das kann kein Mensch von ihnen verlangen, so lange sie sich von Angriffen gegen andere fernhalten, so lange sie sich der Ueberhebung nicht schuldig machen und ein geordnetes Verhalten bewahren; und nach der Richtung hat man ihnen nie etwas vorwerfen können.

Der Herr Kollege Frank hat mir einen großen Vorwurf gemacht daraus, daß ich gesagt habe, er hätte die katholische Theologie keine Wissenschaft genannt, während er allgemain von der Theologie gesprochen habe. Wenn ich das gesagt habe, ist mir ein Lapsus passiert. Ich weiß, daß Herr Frank von der Theologie im allgemeinen gesprochen, also auch die evangelische gemeint hat.

Herr Frank hat dann weiter von den Beiträgen für Konvikt und Priesterseminar gesprochen, die in Abstrich kommen könnten, bezw. bei deren Abstrich man namhafte Mittel für Schaffung eines Unterrichtsministeriums gewinnen könnte. Ich weiß, daß ich mich bei seiner Auffassung über diese Frage mit ihm nie verständigen kann; aber aus der Geschichte muß er wenigstens wissen, daß hier seinerzeit seitens des Staates Verpflichtungen übernommen worden sind, diese Anstalten auszustatten. Wir werden uns darüber ja beim Kultusbudget unterhalten, daß diese Verpflichtungen in einer Weise erfüllt sind, daß es für die heutigen Verhältnisse nicht mehr ausreicht. Ob eine Verjährung eingetreten ist, das mag eine Rechtsfrage sein, aber Billigkeitsgründe muß er, wenn er sich die Umstände, unter denen jene staatliche Verpflichtungen entstanden sind, vergegenwärtigt, anerkennen, auch wenn er für die Notwendigkeit derartiger Anstalten kein Verständnis hat.

Was die volkstümlichen Vortragskurse anbetrifft, so hat er gemeint, die Einschränkungen, die ich gemacht habe, zeigten, daß ich doch ein Freund der Verbreitung wirklicher Wissenschaft nicht sei; insbesondere hat er den Fall hervorgehoben, daß seinerzeit Beschwerde darüber geführt worden sei, daß über die Darwinistische Entwicklungslehre solche Vorträge gehalten wurden. Ich bin nun allerdings der Meinung, und das habe ich bei meiner Einschränkung gemeint, daß solche Thematika für derartige, für das große Publikum bestimmte Vorträge nicht geeignet sind. Es handelt sich hier nicht um Ergebnisse der Wissenschaft sondern um Hypothesen, über die einer denken kann wie er will. Jedenfalls ist es nicht empfehlenswert, daß man in die große Masse des Volkes derartige Erörterungen hineinwirft, denn es gibt auch so und so viele, die auf einer anderen Anschauung stehen und die daran Anstoß nehmen können. Ich meine also, die Art, wie ich meine Einschränkungen präzisiert habe, und wie sie in Freiburg praktisch eingehalten worden sind, verbürgt den friedlichen und gedeihlichen Verlauf solcher Kurse, wes-

wegen ich meine Ausführungen nach wie vor als durchaus berechtigt betrachte (Bravo im Zentrum).

Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch: Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht das nicht, um die Debatte, die sich über die konfessionellen Verbindungen und deren Wert oder Unwert entsponnen hat, auch meinerseits fortzuspinnen, oder um mich über die Volkshochschulkurse zu verbreiten, sondern lediglich um eine Anzahl von sachlichen Anregungen, die auch heute wieder gegeben worden sind, zu besprechen, und auf einzelne Punkte einzugehen, die einer Erwiderung bedürftig sind.

In erster Reihe hat der Herr Abg. Ibrig die Frage der Errichtung von pädagogischen Professuren angeregt. Er hat ganz richtig angeführt, daß diese Frage jetzt in Deutschland überhaupt im Flusse sei, daß auch in Bayern im Abgeordnetenhaus kürzlich eine Anregung in diesem Sinne gegeben worden sei, und ich kann meinerseits namens der Regierung nur erklären, daß wir dieser Frage fortgesetzt unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Ob aber jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, bei uns Professuren für Pädagogik zu errichten, das möchte ich bezweifeln. Es egzistiert, soweit meine Kenntnis reicht, in Deutschland überhaupt nur eine ordentliche Professur für Pädagogik, nämlich in Berlin; ich bin aber einer Belehrung, wenn einer der Herren etwa noch eine weitere Universität kennen sollte, sehr zugänglich (Zwischenruf des Abg. Dr. Frank: Rein in Jena!). Ich darf in dieser Richtung bemerken, daß in Jena allerdings ein „Sponsorprofessor“ für Pädagogik, eben der Professor Rein, ist, daß aber die dortige Universität meines Wissens eine ordentliche Professur nicht hat. Nebenfalls sind es nur eine oder höchstens zwei Universitäten, die gegenwärtig Lehrstühle für Pädagogik haben. Es erscheint mir deshalb fraglich, ob wir in Baden mit unseren an sich schon sehr belasteten Hochschulen jetzt die Initiative ergreifen sollen, und ich glaube mich da auch mit den philosophischen Fakultäten der Universitäten im Einklang zu befinden. Daß die Pädagogik bei uns in Baden aber dennoch gelehrt wird, davon kann man sich durch einen Blick in das Vorlesungsverzeichnis unterrichten. Wir haben sowohl in Freiburg als in Heidelberg pädagogische Vorlesungen und Übungen, und wir haben auch hier einen bewährten Schulmann, der an der hiesigen Technischen Hochschule pädagogische Vorlesungen und Übungen abhält. Es ist also auch dieses Fach nicht unvertreten, und es wird nur die Frage sein, ob und wann der Zeitpunkt gekommen ist, besondere Lehrstühle für Pädagogik zu errichten. Daß sich das Bedürfnis allmählich dazu entwickelt, daß auch wir zur Errichtung von ordentlichen Professuren für Pädagogik einmal werden übergehen müssen, glaube ich auch. Nur scheint mir jetzt der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen.

Der Herr Abg. Ibrig hat daran anschließend die Frage der Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium besprochen und dabei selbst bemerkt, daß diese Frage vielleicht besser bei der Behandlung der Lehrerbildungsanstalten und der Volksschulen zu erörtern wäre; ich will aber doch heute schon in Kürze auf die Frage eingehen. Es sind bezüglich der Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium zwei Wege denkbar: Der eine Weg, der bis jetzt in Baden als einzig gangbarer erachtet worden ist, ist der, daß die Volksschullehrer, die sich als Reallehrer ausbilden wollen, zum Hochschulstudium zugelassen werden; und der weitere Weg, der in Sachsen beschritten worden ist, ist, daß die Volksschullehrer zu pädagogischen Studien, also nicht zu einem Fachstudium in engerem Sinne, sondern zu einem allgemeinen pädagogischen Studium zugelassen werden, daß

diese Studien mit einer Prüfung abschließen, und daß diese Lehrer später in gewisse höhere Stellungen, als Schulinspektoren, als Seminarlehrer usw. berufen werden. Die Erwägungen, ob nicht auch bei uns ein solches pädagogisches Studium eingeführt werden sollte, haben zu dem Ergebnis geführt, daß für ein solches Studium jedenfalls der richtige Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, daß wir vielmehr zunächst die weitere Entwicklung und Ausführung unseres neuen Seminarlehrplanes abwarten müssen. Es wird das bis zum Jahre 1910 dauern, bis der erste sechsjährige Kursus abgeschlossen ist. Dann wird nach Erachten der zuständigen Behörde der Zeitpunkt gekommen sein, um zu erwägen, ob die Zulassung der Volksschullehrer zu pädagogischen Studien auf der Hochschule erfolgen soll. Ich kann also eine Erklärung in der Richtung noch nicht abgeben. — Was das Studium der Volksschullehrer zum Zwecke der Ausbildung und Fortbildung als Reallehrer anlangt, so sind in dieser Richtung die Erhebungen und Erwägungen wegen Neuordnung des Studienganges noch nicht abgeschlossen. Es haben sich bei den zuständigen Fakultäten gewisse Bedenken erhoben, ob in der Tat die Vorbildung der Volksschullehrer ausreicht, und ob insbesondere eine Immatrikulation der Lehrer auf der Universität stattfinden soll. Es ist das eine Frage, die nicht allein mit der Vorbildung, sondern auch mit der amtlichen Stellung der betreffenden Lehrer zusammenhängt. Es wird hoffentlich gelingen, eine Verständigung mit den Universitätsbehörden herbeizuführen, und die Reallehrerprüfung einer angemessenen Neuordnung zu unterziehen. Ich möchte beifügen, daß nach Ueberzeugung der Oberschulbehörde die Reallehrer, wenn sie auch eine etwas unbestimmte Stellung zwischen dem Volksschullehrer und dem akademisch gebildeten Lehrer einnehmen, doch jedenfalls, ganz abgesehen von theoretischen Bedenken, eine Lehrerkategorie sind, die jetzt tatsächlich nicht zu entbehren ist, und die in der Tat sehr Gutes in unseren Schulen leistet.

Die Frage der Errichtung eines Lehrstuhles für Somnopathie, über die sich der Herr Abg. Schmidt und der Herr Abg. Binz ausgesprochen haben, ist in diesem hohen Hause schon oft erörtert worden, und ich kann nur Bezug nehmen auf die Erklärungen, die die Regierung früher über diese Frage abgegeben hat. Die Regierung ist nicht in der Lage, solange nicht seitens der medizinischen Fakultäten eine Anregung erfolgt, derartige Lehrstühle zu errichten, und muß es ablehnen, die Initiative zu ergreifen; nach Ansicht der Regierung ist ein genügender Grund zur Errichtung solcher Lehrstühle nicht gegeben, wenn nicht von kompetenter sachverständiger Seite eine Anregung in dieser Richtung ausgeht. Ich kann also auch eine Aussicht nicht eröffnen, daß die Regierung in absehbarer Zeit ihrerseits zur Errichtung eines solchen Lehrstuhles kommen könnte.

Die gleiche Antwort muß ich erteilen bezüglich der Frage der Errichtung eines Lehrstuhles für die Presse. Der Herr Abg. Frank ist ganz richtig unterrichtet, wenn er annimmt, daß in Heidelberg bereits derartige Kollegien gelesen werden. Es liest dort ein sehr tüchtiger außerordentlicher Professor unter anderem über die Geschichte, Wesen und Bedeutung der öffentlichen Meinung, der Presse und des Journalismus in Deutschland. Ich glaube, das ist der richtige Weg, daß einzelne Gelehrte an den Hochschulen derartige Spezialgebiete im Nebenamt behandeln. Dagegen ist nicht einzusehen, warum ein besonderer Lehrstuhl für die Presse errichtet werden sollte. Der Herr Abg. Frank hat auch schon darauf hingewiesen, daß ja die Kenntnisse, die für die Presse notwendig sind, sich aus den verschiedensten allgemeinen wissenschaftlichen Gebieten zusammensetzen. Man wird

unmöglich eine besondere Wissenschaft der Presse konstruieren können, vielmehr sagen müssen: ein Mann, der in der Presse tüchtig ist und hervorragendes leisten will, muß zunächst über einen erheblichen Grad allgemeiner Bildung verfügen, er muß auch gewisse theoretische Kenntnisse über die Entwicklung unserer Presse haben. Er muß aber auch gewisse praktische Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, für die die Hochschule nicht der richtige Ort ist. Ich glaube also, die Hochschule wird sich auch künftighin mit der Presse wohl nicht im Hauptamt, sondern nur im Nebenamt beschäftigen können. Aber ich halte es für sehr dankenswert und würde sehr gerne auch bei anderen Hochschulen darauf hinwirken, daß immer einzelne Gelehrte sich mit den Fragen, über die, wie ich ausgeführt habe, z. B. in Heidelberg gelesen wird, beschäftigen.

Der Herr Abg. Kräuter hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Bau des Kollegienhauses in Freiburg beschleunigt werden möge, und hat zu meiner Genugtuung konstatiert, daß mit den Arbeiten bereits begonnen ist; der Herr Abg. Kräuter wie das ganze hohe Haus werden daraus den guten Willen der Regierung entnehmen haben, energisch in dieser Sache weiterzuschreiten. Ich möchte hoffen, daß nicht, wie der Herr Abg. Kräuter gesagt hat, auch das Kollegienhaus ein sogenannter ewiger Bau werde, wie die Universitätsbibliothek in Freiburg seinerzeit genannt worden ist.

Was die Frage der Vergabung der Arbeiten anbelangt, so muß ich den Herrn Abg. Kräuter darauf hinweisen, daß in dieser Richtung gewisse allgemeine Bestimmungen existieren, die unter allen Umständen eine vorzugsweise Berücksichtigung der Inländer und der Badener verlangen. Ob man aber soweit gehen könnte, speziell nur die Gewerbesteuer und Handwerker eines bestimmten Ortes, hier Freiburgs, zuzuziehen, erscheint mir doch sehr fraglich. Jedenfalls stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert ist, soweit irgend möglich, heimische Lieferanten und Arbeiter zuzuziehen, und zwar solche, die möglichst nahe bei der Arbeit sind, die geleistet werden soll.

Der Herr Abg. Kräuter hat sich sodann der Frage des klinischen Spitals in Freiburg zugewendet und hat dabei von „Oberbürgermeisterpolitik“ gesprochen, über die ich mich heute nicht verbreiten möchte, da wir ja heute nicht die Frage der Anlehenspolitik zu erörtern haben. Ich kann nur sagen, daß auch bezüglich des Spitals in Freiburg die Unterrichtsverwaltung tut, was in ihren Kräften steht. Ich möchte dem Herrn Abg. Kopf, der ja auch sich sehr warm des Freiburger klinischen Spitals angenommen hat, nur eines erwidern: Es muß jede Stadt, die das Glück hat, solch große Universitätsinstitute zu besitzen, sich doch auch sagen, daß, wenn keine Universität da wäre, die Stadt die Lasten des notwendigerweise zu errichtenden Krankenhauses tragen müßte. Ich verweise auf die ungeheuren Kosten, die der Stadt Karlsruhe durch das neue Krankenhaus erwachsen. Die Universitätsstädte sind also hortweg in großem Vorteil dadurch, daß ihnen die Universitätskliniken die sonst von ihnen zu errichtenden Krankenhäuser ersparen. Da ist es doch eigentlich naturgemäß, daß auch die Städte gewisse Opfer bringen; denn es könnte, wenn die Belastung in dieser Richtung zu groß wird, der Staat einmal zu dem Standpunkt kommen, daß er sich darauf beschränkt, Kliniken nur soweit zu halten, als sie zu wissenschaftlichen Zwecken notwendig sind, aber nicht soweit, daß ein Kreis von unter Umständen Hunderttausenden von Einwohnern durch dieses Spital versorgt wird. Ich meine also, die Opfer der Stadt Freiburg, die die Regierung ja in vollstem Maße anerkennt, und ich kann auch

hier nur nochmals sagen, daß die Neubauten in Freiburg wiederum ganz ausgezeichnete sind — ich sage: solche Opfer für die wir sehr dankbar sind, sollten auch mit willigem Herzen gebracht werden und die Stadt sollte sich damit zufrieden geben, daß der Staat tut, was er kann.

Ich möchte bezüglich Freiburgs noch darauf hinweisen, daß unter der staatlichen Leitung diese Hochschule, die noch, als mein hochverehrter Herr Amtsvorgänger Unterrichtsminister geworden ist, anfangs der achtziger Jahre, nur wenige hundert Studenten gehabt hat, zu einer großen Blüte gediehen ist (sie zählt jetzt über 2000 Studenten), die eben doch nur dadurch herbeigeführt werden konnte, daß der Staat große Opfer für diese blühende Univerſität gebracht hat. Uebrigens wird die Frage der Zuschüsse zum klinischen Spital in Zukunft einer neuen Erörterung unterzogen werden müssen, und es wird mit der Zeit eine Steigerung der staatlichen Zuschüsse eintreten können.

Der Herr Abg. Schmidt hat sich mit der theologischen Fakultät in Heidelberg beschäftigt. Er hat darüber geklagt, daß eine ungerechte Behandlung bei Besetzung der Lehrstühle eingetreten sei, indem von acht Lehrstühlen nur einer mit einem „positiven“ evangelischen Theologen besetzt sei. Ich muß zunächst darauf hinweisen, daß nur sechs, nicht acht Lehrstühle in Heidelberg sind. Ich will mich auf eine Erörterung dieser Frage im einzelnen heute nicht einlassen. Für die Regierung sind bei Besetzung der Lehrstühle an Hochschulen — und das gilt auch für die theologischen Fakultäten — in erster Reihe, wenn auch nicht ausschließlich bestimmend, aber doch in hohem Grade maßgebend die Vorschläge der Fakultäten, und es ist bei diesen Vorschlägen vor allem bedeutend die wissenschaftliche Bedeutung des Gelehrten, der berufen werden soll. Daß neben dieser bei der Besetzung eines Lehrstuhles der Theologie auch eine tiefe Religiosität des betreffenden Gelehrten erfordert wird, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Aber in dieser Richtung die Regierung zu binden, daß sie etwa verpflichtet sein sollte, eine gewisse Anzahl positiver oder orthodoxer Theologen in eine bestimmte Fakultät zu setzen, darauf kann ich mich nicht einlassen. Die Unterrichtsverwaltung hat ja bereits ihren guten Willen bewiesen, indem sie schon vor Jahren einen Gelehrten von durchaus „positiver“ Richtung auf einen der wichtigsten Lehrstühle der theologischen Fakultät, nämlich den der Dogmatik, berufen hat.

Was die Ausführungen des Herrn Abg. Kopf bezüglich der neu gewünschten zwei ordentlichen theologischen Professuren in Freiburg anbelangt, so möchte ich auf das verweisen, was ich schon gesagt habe, und nur einen Irrtum des Herrn Abg. Kopf aufklären. Das Krauß'sche Legat kann nach seinen Bestimmungen nicht dazu verwendet werden, um mit dessen Zinsen einzelne Lehrstühle zu dotieren oder auszugestatten; sondern nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Legates soll eine so große Summe allmählich angesammelt werden, daß aus den Zinsen dieses Kapitals ein Lehrstuhl für christliche Kunstgeschichte begründet werden kann. Es wird also nicht angehen, aus diesem Legat Mittel für die Wünsche des Herrn Abg. Kopf, bezw. der katholischen theologischen Fakultät in Freiburg zu entnehmen. Wir werden aber auch diese Frage im Auge behalten und die Regierung wird, wenn es möglich ist, in Zukunft die Wünsche der theologischen Fakultät erfüllen.

Bezüglich der Zulassung von Damen zur juristischen Staatsprüfung kann ich nur auf das verweisen, was ich vorgestern gesagt habe; ich benütze aber gern diesen Anlaß, um einen Irrtum aufzuklären, der sich in meine vorgestrigen Ausführungen eingeschlichen hat. Ich

habe davon gesprochen, daß die Mehrheit der juristischen Fakultät in Heidelberg auch der Ansicht sei, daß die Frauen nicht zugelassen werden sollen. Es ist das nicht der Fall, sondern die juristische Fakultät in Heidelberg hat den Majoritätsantrag auf Zulassung der Frauen zur ersten juristischen Staatsprüfung gestellt. Ich bitte den Irrtum zu entschuldigen.

Soviel steht aber fest, daß auch bei der juristischen Fakultät in Heidelberg eine Einstimmigkeit über diese Frage nicht herrscht, und ich kann nur wiederholen, daß die Regierung aus den Gründen, die auch Herr Abg. Kopf als zutreffend anerkannt hat, nicht geneigt ist, den Wünschen der Damen zu entsprechen; die Regierung hält es für unmöglich, A zu sagen, wenn sie nicht entschlossen ist, auch B zu sagen. Wollen wir Damen zur ersten juristischen Staatsprüfung zulassen, so müssen wir sie konsequent auch zur zweiten juristischen Staatsprüfung zulassen, und dann ergeben sich alle die Schwierigkeiten, die wir vorgestern erörtert haben, und die vor allem darin liegen, daß wir bezüglich des juristischen Berufes reichsgesetzlich gebunden sind.

Auf die Frage der konfessionellen Verbindungen im einzelnen will ich mich nicht einlassen. Ueber die prinzipielle Stellung der Regierung können Zweifel nicht bestehen. Ich habe diese grundsätzliche Stellung vor 2 Jahren und auch bei der vorgestrigen Debatte festgelegt. Ich kann nur noch wiederholen, und glaube damit die Ueberzeugung des ganzen Hohen Hauses auszusprechen, es kann sich nicht darum handeln, mit Zwangsmassregeln gegen diese Verbindungen vorzugehen. Ueber die Vorzüge und Nachteile dieser Verbindungen haben sich die Herren im Hohen Hause ausgiebig auseinandergesetzt und dies wird auch noch von anderer Seite erfolgen, so daß ich keinen Grund habe, mich in diese Debatte einzumengen.

Der Herr Abg. Binz hat sehr warme Worte für die Technische Hochschule gefunden, denen ich mich nur anschließen kann. Er hat dann eine Reihe von Fragen erörtert über Lehrstühle für Pädagogik, für die Presse, für Homöopathie, Fragen, die ich schon erörtert habe, und ist schließlich nochmals ausführlich eingegangen auf die Frage der Organisation des Ministeriums, bezw. des Oberschulrats. Ich möchte diese Frage meinerseits nicht noch einmal erörtern, vielmehr nur etwas hervorheben, was ich vorgestern übersehen habe. Es scheint mir kein glücklicher Gedanke, daß ein Teil der Kompetenzen, die der Oberschulrat besitzt, auf die Kreis Schulräte übertragen werden könne. Die Kreis Schulräte sind nach ihrer ganzen amtlichen Stellung und Tätigkeit nicht in der Lage, einen irgend wie erheblichen Teil der Geschäfte für sich zu übernehmen. Es ist ja das Institut des Oberschulrats, wie überhaupt die Zentralmittelbehörden bei anderen Verwaltungen, hauptsächlich deshalb gegründet worden, weil die eigentlichen Mittelstellen zum Unterschied von den Zentralmittelstellen in der Verwaltung, die kollegialen Mittelstellen, nämlich die alten Kreisregierungen, die früher eine ganze Reihe von Geschäften zu erledigen hatten, die nun konzentriert sind in Zentralmittelstellen, aufgehoben wurden.

Auf die Frage der Kosten der Neuorganisation will ich nicht näher eingehen und nur hervorheben, daß erfahrungsgemäß die Trennung von Behörden immer größere Kosten macht. Ich verweise hier darauf, daß ein neues Ministerium z. B. ein neues Gebäude für sich in Anspruch nehmen würde; ich verweise aber auch darauf — und damit komme ich auf den Kultus und die Ausführungen des Herrn Abg. Frank — daß auch der Kultus versorgt werden muß, und es sich nur darum handeln kann, daß man, wenn man ein neues Ministerium gründen will, dann ein Kultus- und Unterrichts-

ministerium errichtet. Und da muß ich wiederum auf die Tatsache hinweisen, daß gerade auf dem Gebiet des Kultus eine Personalunion bezüglich der Referenten vorhanden ist: sowohl der katholische Kultus als der evangelische Kultus werden von hervorragenden juristischen Mitarbeitern des Ministeriums bearbeitet, und es würden also, wenn ein neues Ministerium des Kultus gegründet würde, auch für diese Posten neue Kräfte erforderlich werden. Wenn aber auch die Kosten keine ausschlaggebende Rolle spielen mögen, so kann ich nur nochmals hervorheben, daß meines Erachtens ein entscheidender Grund zu einer Aenderung der Organisation nicht vorliegt.

Ich möchte nur noch meinen besonderen Dank dem Herrn Abg. Binz auszusprechen, daß er die Erklärung abgegeben hat, — ich habe das ja nicht anders erwartet — daß nicht etwa ein Mißtrauen gegen die Person des Unterrichtsministers, sondern sachliche Gründe, über die ja föhlich diskutiert werden kann, dafür maßgebend gewesen sind, eine Resolution, wie sie uns vorliegt, zu beantragen.

Herr Abg. Frank, und damit komme ich auf den Kultus zurück, hat längere Erörterungen über die Beziehungen von Wissenschaft und Theologie gepflogen. Er ist auf die Abschaffung des Kultusbudgets in Frankreich, auf die Trennung von Staat und Kirche gekommen. Ich will gar nicht darauf abheben, daß das eigentlich alles in die Kultusdebatte gehören würde. So verführerisch es ist, auf solche, gewiß sehr interessante allgemeine Fragen einzugehen, so muß ich es mir vom Regierungstisch aus versagen; denn ich glaube, das Interesse nicht nur der Regierung, sondern des ganzen Hohen Hauses ist doch, unsere Debatten bei all' den schwierigen Aufgaben, die uns noch bevorstehen, mit möglichster Kürze zu führen.

Der Herr Abg. Frank hat dann noch ganz besonders abgehoben auf die Vorgänge in der Kommission in bezug auf das Kultusbudget; er hat von einem „deprimierenden Eindruck“ gesprochen, den sie auf ihn gemacht haben und davon, daß er und seine Partei sich sehr „erhaben gefühlt“ hätten. Es ist das ein Standpunkt des Herrn Abg. Frank, mit dem ich mich nicht auseinandersetzen will. Er erklärt überhaupt: Ich will nicht, daß ein Pfennig vom Staate für solche Zwecke aufgewendet wird; das muß natürlich zu dem Ergebnis führen, daß es sehr bedauerlich ist, wenn in der Budgetkommission überhaupt Auseinandersetzungen über Kultusfragen stattfinden, wie sie stattgefunden haben.

Wenn ich in meinen Ausführungen etwas, worauf auch eine Antwort nötig gewesen wäre, übersehen haben sollte, so bitte ich dies nicht als einen Beweis dafür anzusehen, daß die Wichtigkeit der vom Hohen Hause gebrachten Anregungen unterschätzt werde, oder daß die Regierung Anregungen, die aus diesem Hohen Hause ihr entgegen gebracht werden, nicht wohlwollend prüfen werde.

Abg. Obkircher (natl.): Ich habe mich lediglich aus dem einen Grunde in der Debatte gemeldet, weil bei der jetzt überaus strengen und früher nicht vorhanden gewesenen Auffassung über die Rechte und Pflichten eines Berichterstatters im Schlußwort mir vielleicht über einen Teil meiner Ausführungen wieder der alte Vorwurf gemacht werden könnte, daß ich über die Aufgabe eines Berichterstatters hinausgegangen wäre. Ich hoffe gleichwohl, daß meine Ausführungen keinen Anlaß zu weiteren Wortmeldungen geben, sodaß in der Tat mein jetziger Vortrag als Schlußwort des Berichterstatters angesehen werden kann.

Ueber die Organisationsfrage möchte ich nur noch ein paar Worte sagen. Die Großh. Regierung verhält sich den Anregungen der Mehrheit der Budgetkommission gegenüber ablehnend. Die Gründe sind mehrfach hervorgehoben worden, aber ich habe doch aus der Ausführung, die der Herr Minister vorgestern gemacht hat, herausgefunden, daß auch der Herr Minister fühlt, daß der innige Zusammenhang zwischen den beiden in Betracht kommenden Behörden, zwischen dem Ministerium und dem Oberschulrat, doch wenigstens einigermaßen zu wünschen übrig läßt; denn der Herr Minister hat selbst ausgeführt, es schein auch ihm erwünscht, daß die früher bestandene Personalunion zwischen dem Direktor des Großh. Oberschulrates und einem Mitglied des Ministeriums selbst wieder eingeführt werde. Ich würde glauben, daß das namentlich dann ein zweckmäßiger Schritt wäre, wenn der Direktor des Oberschulrats ein Fachmann wäre. Dann wäre der Erfolg von dieser Maßnahme, daß wenigstens einmal ein Fachmann mit Sitz und Stimme in dem Ministerium selbst vorhanden wäre. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß in Bayern ein der politischen Partei der Nationalliberalen zugehöriges Mitglied des dortigen Abgeordnetenhauses vor kurzer Zeit auf unsere in Baden bestehende Organisation des Schulwesens hingewiesen, diese Organisation als eine musterhafte hingestellt und sie für die bayerischen Verhältnisse empfohlen habe. Nun mit der politischen Richtung hat ja diese Sache nichts zu tun; der betreffende bayerische Abgeordnete hat sich jedenfalls bei den nationalliberalen Freunden und Gesinnungsgenossen in Baden darüber nicht verläßtigt, was wir über die gegenwärtige Organisation des Oberschulrates denken. Wir glauben aber, daß wir, die wir den Dingen viel näher stehen, die wir Tag für Tag beobachten können, welche Vorzüge und Nachteile einer Organisation anhaften, besser imstande sind, als ein beliebiger Herr in Bayern, die Trefflichkeit oder die Mängel unserer Organisation zu beurteilen. Ich glaube, daß die Bedenken, die gegen unseren Vorschlag hervorgehoben worden sind, wohl keinen derjenigen Herren umgestimmt haben werden, welche in der Budgetkommission für den Resolutionsantrag gestimmt haben, und ich glaube, daß sich das bei der Abstimmung in diesem Hause auch wohl zeigen wird.

Der Herr Minister hat ausgeführt, daß es nicht angängig sei, die weniger bedeutenden Angelegenheiten, die zurzeit im Oberschulrat erledigt werden, bei Aufhebung des Oberschulrates anstatt an das Ministerium an die Kreis Schulvisitaturen zu überweisen. So, wie die Kreis Schulvisitaturen gegenwärtig beschaffen sind, mag das richtig sein, aber wir denken eben an einen Ausbau dieser ganzen Einrichtung. Wenn sie namentlich mit einem Bureaupersonal ausgestattet sein werden — und dafür ist ja bereits der Anfang vorhanden und das wird sich ausbauen lassen — werden die Kreis Schulräte sich frei machen können auch für andere, neue Geschäfte, und dann scheinen mir Schwierigkeiten erheblicher Art gegen unseren Vorschlag nicht mehr vorgebracht werden zu können. Der Herr Abg. Fehrenbach hat in meinen Ausführungen vermißt, daß ich die weniger bedeutenden Geschäfte, die an die Kreis Schulräte übertragen werden könnten, nicht genannt habe. Das hätte mich zu weit geführt. Ich glaube, man braucht nur bei dem Oberschulrat selber anzufangen, welche von dessen Geschäften sich den Kreis Schulvisitaturen übertragen ließen, so würde der Oberschulrat eine ganze Anzahl von solchen Geschäften uns ohne Mühe nennen können, die in dieser Weise transloziert werden könnten, z. B. auf dem Gebiete des Rechnungswesens, des Bauwesens und selbst in der Besetzung der Unterlehrerstellen in den Volksschulen: das

werden namentlich die Gebiete sein, wo die Uebertragung der Arbeit an die Kreis Schulvisitaturen stattfinden könnte. Wir haben auf dem Gebiete der inneren Verwaltung vor einer größeren Anzahl von Jahren noch die Kreisregierungen gehabt, die Stellen, die zwischen den Bezirksstellen und dem Ministerium eingeschaltet waren. Man hat diese Organisation für zu schwerfällig und ungeeignet angesehen, man ist übergegangen zu der jetzigen Organisation: Bezirksstelle und unmittelbar über der Bezirksstelle das Ministerium. Und wenn man jetzt auch nur den Gedanken anregen würde, wieder diese Zwischenstationen zu schaffen, so würde ganz besonders von dem Ministerium selbst dagegen der allerlebhafte Widerspruch erhoben werden. Ich glaube, die Einrichtung Bezirksstelle und unmittelbar darüber Ministerium, hat sich durchaus bewährt, und es wird sich niemand finden, der eine Aenderung dieser Organisation wieder herbeigeführt sehen möchte. Ganz ebenso liegt die Sache auf diesem in der heutigen Zeit so ganz besonders wichtigen Gebiete unserer Unterrichtsverwaltung.

Daß bei der Errichtung eines selbständigen Ministeriums sehr erhebliche finanzielle Mehraufwendungen erforderlich wären, scheint mir nicht richtig zu sein; wenn selbst geringe Mehraufwendungen — die werden ja kommen, das gebe ich zu — zu machen sein werden, so würden sie wett gemacht werden durch die Vorzüge einer derartigen Einrichtung. Wenn man übrigens gegen die Errichtung eines selbständigen Unterrichtsministeriums Einwendungen erhebt, so wäre damit noch nicht ein Einwand erhoben gegen die im Resolutionsantrag gewünschte größere Selbständigmachung der Unterrichtsabteilung und Aufhebung des Oberschulrates. Daß auch durch diese Maßnahme bedeutende Kosten entstehen würden, kann man wohl nicht behaupten; diese könnten sich nicht über einige tausend Mark belaufen, und die Vorzüge, die daraus erwachsen würden würden auch auf dem finanziellen Gebiet zum Ausdruck kommen; denn die Vereinfachung des ganzen Verkehrs in unserer Schulverwaltung würde auch zu bedeutenden finanziellen Ersparnissen führen müssen. Und daß ein solches Ministerium etwa nicht genügend beschäftigt wäre, wird wohl niemand behaupten wollen. Die Unterrichtsfragen spielen ja heute nicht nur in der öffentlichen Diskussion, sondern in der Schulverwaltung selbst, wo sich alles regt, eine bedeutende Rolle; es sind so viel Fragen von der allergrößten Wichtigkeit Tag für Tag zur Entscheidung zu bringen, daß ein Ministerium dabei vollkommen seine Beschäftigung finden würde.

Nun hat der Herr Minister in seinem ersten Vortrag vermißt, daß ich nicht davon gesprochen hätte, was mit der Kultusverwaltung geschehen sollte. Ich habe von der Kultusverwaltung nicht gesprochen, weil wir hier von der Unterrichtsverwaltung zu sprechen hatten. Daß mit dem Unterrichtsministerium dann auch die Kultusverwaltung verbunden werden könnte und sollte, gebe ich ohne weiteres zu, ich glaube, das nicht besonders hervorheben zu müssen. Ich wüßte dem Unterrichtsministerium noch ein weiteres Gebiet von Geschäften zuzuweisen, das wären die Gewerbe- und Handelsschulen, die gerade eben erst in das Ressort des Ministeriums des Innern gebracht worden sind. Ich glaube, daß die Uebertragung dieses Schulgebiets auf das Ministerium des Innern nicht als eine in jeder Beziehung glückliche Maßnahme anzusehen ist. Man kann diese Art von Schulwesen schon wegen der in Betracht kommenden Lehrkräfte nicht wohl von dem Schulwesen überhaupt trennen; und wenn wir zu einem selbständigen Unterrichtsministerium kämen, dann wäre eine notwendige Folge die, daß auch dieses Schulgebiet in die Verwaltung dieses Ministeriums zurückübertragen würde.

Von Seiten des Herrn Abg. Frank ist gesagt worden: wir könnten Mittel für die Errichtung eines selbständigen Unterrichtsministeriums und überhaupt weitere Mittel für die gesamte Unterrichtsverwaltung finden durch Aufhebung des staatlichen Kultusbudgets, durch Einstellung der staatlichen Leistung für Kultuszwecke; demgegenüber möchte ich ganz kurz hervorheben, daß das nicht unsere Meinung ist. Wir sind der Meinung, daß die staatlichen Leistungen für die Kultusaufgaben historisch begründet sind, und daß sie sich auch vom Standpunkt der Gegenwart aus recht wohl vertreten lassen.

Wenn man im Anschluß daran sogar so weit gegangen ist, auch noch von der Trennung von Staat und Kirche überhaupt zu sprechen, und wenn man dabei auf französische Verhältnisse hingewiesen hat, so möchte ich demgegenüber glauben: daß wir uns einmal auf diesem Gebiete nicht von Frankreich das Muster für die Entwicklung abnehmen wollen (Zuruf des Abg. Binz: Sehr richtig!), ich möchte aber weiter hervorheben, daß auch in Frankreich die ganze Entwicklung auf diesem Gebiete mit jenem Geleß über die Trennung doch noch nicht abgeschlossen ist: Wir sehen ja aus den Bewegungen, die gegenwärtig im französischen Volke vorhanden sind, daß da doch auch recht üble Folgen gezeitigt werden können, die wir unserem deutschen Volke nicht wünschen.

Der Herr Kollege Frank hat von unliebsamen Vorkommnissen in der Budgetkommission — von einem gegenseitigen Handelsgeschäft, das da gemacht werden sollte, gesprochen. Gegenseitig war das Handelsgeschäft nicht! Es war einseitig der Gesichtspunkt der Parität auch auf diesem Gebiete wieder hereingetragen worden, und zwar nicht von unserer Seite. Was man als die Grundlage der Paritätsanforderungen in Anspruch genommen hat, die Zahl der im Lande vorhandenen Katholiken und Protestanten, das ist immer ein Ding, was trägt. Man rechnet in solchem Falle immer die Katholiken in ihrer Gesamtheit, also auch die große Zahl von liberalen Katholiken im Lande auf jene Seite (zum Zentrum) hinüber; in anderen Verhältnissen sagt man dann aber wieder: das sind ja gar keine Katholiken! Bei Paritätsforderungen auf solchen Gebieten sollte man anders rechnen. Ich möchte dann aber nicht Ihnen (zum Zentrum gewendet) die Entscheidung darüber überlassen, welches die richtigen Katholiken sind (Lachen, Zurufe aus dem Zentrum).

Wenn ich nun zu den Hochschulen übergehe, so möchte ich zunächst den Standpunkt des Herrn Ministers als einen durchaus richtigen kennzeichnen, wonach es in erster Reihe den Fakultäten überlassen sein müsse, die Vorschläge bezüglich der Besetzung der Professorenstellen zu machen, und daß, wenn irgend möglich, diesen Forderungen der Fakultäten auch von Seiten der Unterrichtsverwaltung Rechnung getragen werden soll.

Der Herr Kollege Binz hat hervorgehoben, daß die Staatsdotations für die Technische Hochschule in Karlsruhe im Vergleich zu der Dotation der beiden andern Hochschulen eine sehr geringe sei. Diese Auffassung ist jedoch nicht ganz zutreffend. Wir finden in dem Spezialvoranschlag für die Technische Hochschule in Karlsruhe einen Betrag von 150 000 Mark, der aus den Honorarbeiträgen der Studierenden genommen ist, eine Einrichtung, die zwar der historischen Entwicklung dieser Hochschule entspricht, aber bei den beiden Universitäten nicht besteht, indessen vielleicht einmal in Zukunft (und hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft) auch auf unsere Universitäten übertragen werden kann. Allerdings wäre das nicht für uns im badischen Lande allein möglich, sondern nur nach Vereinbarung mit den andern deutschen Unterrichtsverwaltungen. Es findet sich aber dann im Spezialvoranschlag der

Technischen Hochschule weiter noch ein Betrag von 30000 M., der aus dem Betriebsfond der Hochschule selbst genommen wird. Das ergibt zusammen einen Betrag von 180000 M., der unter den Einnahmen für die Technische Hochschule erscheint und unter den Einnahmen für die beiden Universitäten seinesgleichen nicht hat.

Nun noch ein paar Worte von den Volkshochschulkursen. Ich bin auch der Meinung, daß es unser Bestreben sein muß, und daß es auch von Seiten des Staates und insbesondere von Seiten der größeren Gemeinwesen alle Unterstützung verdient, daß die Bildung in ihrem vornehmsten Sinne in möglichst breite Schichten unseres Volkes hineingetragen wird. Ob aber unsere Hochschullehrer in größerer Zahl dafür in Anspruch genommen werden sollen, sich dieser Aufgabe zu widmen, scheint mir aus verschiedenen Gründen doch nicht ohne alles Weitere zuzugeben zu sein. Die Hochschullehrer sollen sich doch in erster Reihe ihrer eigentlichen Aufgabe widmen: — der streng-wissenschaftlichen Arbeit und der Mitteilung der Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit zunächst an die Studenten. Ob auch die Hochschullehrer nach ihrer ganzen Veranlagung auch die geeigneten Kräfte sind, um den breiteren Schichten des Volkes die Ergebnisse der Wissenschaft zu unterbreiten, scheint mir auch nicht über allen Zweifel erhaben zu sein. Vor allem muß aber dafür gesorgt werden, daß die Hochschullehrer ihrer eigentlichen Aufgabe erhalten werden. Daß bei diesen Volkshochschulkursen, wie der Herr Kollege Kopf gemeint hat, alles Streitgebiet vermieden bleibe, daß insbesondere religiöse und politische Streitpunkte aus diesen Kursen ferngehalten werden sollen, gegeben hat, scheint mir eine Forderung zu sein, die — namentlich bei der Auslegung, die der Herr Kollege Kopf schon gelegentlich dem, was „religiös“ und „politisch“ ist — außerordentlich bedenklich zu sein. Bekanntlich wird von jener Seite (zum Zentrum) ein großes Gebiet für die Religion in Anspruch genommen, das nach unserer Auffassung mit Religion oft recht wenig zu tun hat: die ganze Naturwissenschaft gehört zu diesem Gebiete, das der Herr Kollege Kopf als das „Streitgebiet“ bezeichnet, ebenso eine ganze Reihe von politischen Fragen.

Die Zulassung der Studentinnen der Jurisprudenz zur Staatsprüfung wird von Seiten der Großh. Unterrichtsverwaltung abgelehnt. In Bayern werden die Studentinnen der Jurisprudenz, die dort immatrikuliert wurden, zur Staatsprüfung zugelassen; es ist das von Seiten dreier bayerischer Ministerien — dem Ministerium des Kultus und Unterrichts, dem der Justiz und dem des Innern — gemeinsam und prinzipiell ausgesprochen worden. Sie werden zugelassen, ohne einen Anspruch darauf erhalten zu können, zu Rechtspraktikanten ernannt und im Staatsdienst irgendwie verwendet zu werden. Ganz ebenso könnte es meiner Ansicht nach auch bei uns gemacht werden. Der Herr Kollege Kopf ist gegen diese Zulassung. Er hat den heiligen Florian angerufen und hat gesagt: Laßt die Frauen zu in allen andern Gebieten, aber nur nicht in dem der Jurisprudenz, denn da haben wir jetzt schon die große Ueberfüllung! Aber, diese Entwicklung wird vor sich gehen, wir können wollen oder nicht, und wenn bereits A gesagt ist in der Zulassung der Frauen als immatrikulierte Studentinnen auf unseren Hochschulen — und wenn wir dann B sagen, indem wir sie auch zur juristischen Staatsprüfung zulassen, so wird allerdings im Laufe der Zeit das Andere nachfolgen und wir werden schließlich durch das ganze Alphabet hindurchkommen. Aufzuhalten ist diese Bewegung nicht, das ist wenigstens meine Meinung.

Der Herr Kollege Quenzer hat die sehr interessante Frage aufgeworfen, ob nicht der Staat eine Billigkeits-

aufgabe darin erblicken müsse, die älteren Privatdozenten und außerordentlichen Professoren auch mit einem staatlichen Gehalt zu versorgen. Es sind dagegen sehr lebhaft Bedenken von anderer Seite vorgebracht worden, die ich als durchaus berechtigt ansehe. Die Frage ist in der Presse aufgeworfen worden, bei uns im Lande zuerst dadurch, daß ein Ordinarius der Universität Heidelberg in der „Südwestdeutschen Korrespondenz“ die Frage ausführlich behandelt hat in dem Sinne, in dem sie auch Herr Kollege Quenzer vorgebracht hat. Die „Heidelberger Zeitung“ hat die Frage für wichtig genug angesehen, um sie einer öffentlichen Diskussion zu unterwerfen, und hat bei einer Anzahl Heidelberger Professoren eine Enquete veranstaltet. Die Antworten, die darauf erfolgt sind, sind in der Zeitung erschienen; ich habe sie hier vor mir, kann aber sagen, daß dabei irgend etwas von Bedeutung nicht herausgekommen ist. Man hat die Mißstände, die zweifellos vorhanden sind, zugegeben. Man hat aber gesagt, die Frage sei delikatsam und heikel und eigne sich nicht zur öffentlichen Diskussion. Vorschläge, wie diesen Mißständen abgeholfen werden könnte, sind in dieser Enquete nicht gezeitigt worden. Dagegen scheint mir die Großh. Unterrichtsverwaltung auf dem richtigen Weg zu sein, indem sie sagt: Es muß dafür gesorgt werden, daß für den jungen Nachwuchs Platz geschaffen wird, daß solche Dozenten, die sich für den akademischen Beruf untauglich erweisen, ausscheiden und in andere Berufe übergehen, und deshalb sollen künftighin den Professorentitel, das Extraordinariat, nur solche Männer bekommen, die sich in der Praxis auch bewährt haben; und die auf diese Weise zu Extraordinarien Ernannten sollen auch mit finanziellen Mitteln in der Weise unterstützt werden, daß sie einen Lehrauftrag und damit auch ein Honorar bekommen. Das scheint mir von allem, was bis jetzt angeführt worden ist, der allein richtige Weg zu sein.

Nun sind ja, und zwar, wie ich mit Genugtuung hervorhebe, nicht von mir einige Streitpunkte in die Debatte hereingeworfen worden, und es scheint mir, daß man als ganz selbstverständlich vorausgesetzt habe, daß der Berichterstatter derartige Fragen anschnidet. Er hat es aber diesmal vermieden. Nachdem jedoch die Fragen von anderer Seite besprochen worden sind, kann ich mir nicht versagen, mit einigen Worten dabei auch zu verweilen.

Die hohen Worte des Rühmens, die der Herr Kollege Kopf für die konfessionellen Studentenverbindungen gefunden hat, finden zu einem Teil wenigstens auch bei mir Anklang. Ich will ohne weiteres zugeben, daß die konfessionellen Studentenverbindungen ideale Ziele sich vorgesetzt haben; ich will auch weiter zugeben, daß sie auf dem Gebiete der Sittlichkeit feste und billigenwerte Grundsätze haben, und daß sie staatserbaltende Tendenzen zu den ihren gemacht haben. Aber das sind nicht die Gesichtspunkte, unter denen diese konfessionellen Verbindungen geschaffen worden sind, und unter denen sie erhalten werden. Der Herr Kollege Kopf hat das selbst schon widerlegt, indem er gesagt hat, er wolle zugeben, daß auch in den anderen Korporationen solche Ziele verfolgt werden. Der Scheidungspunkt liegt auch nicht auf dem Gebiet der Religion, das bestritte ich durchweg. Der Scheidungspunkt liegt auf dem politischen Gebiet. Denn diese konfessionellen Verbindungen, wir wollen uns darüber doch nicht täuschen lassen, haben in der großen Hauptsache wenigstens den Zweck, Schutztruppen zu sein oder heranzuziehen für Ihre politische Organisation (zum Zentrum) ganz ebenso wie das ganze Vereinswesen, das Sie pflegen und hegen, diesem Zwecke in allererster Reihe dient. Weil sie politische Vereine sind, sind wir ihre Gegner, und weil zu politischen

Zwecken eine Sonderung, eine strenge Abscheidung hervorgehoben wird durch das ganze katholische Verbindungs- wesen, deshalb sind wir Gegner dieses Verbindungs- wesens. Wir beklagen diese Einrichtung in ihrer Gesamtheit als für unser Volksganzes und insbesondere für die oberen Stände überaus schädlich.

Ich muß noch ein paar Worte sprechen von den spe- ziell Freiburger Verhältnissen. Der Herr Mi- nister hat in seinem ersten Vortrag erklärt, in Freiburg sei etwas voreiliger Weise das Band, das im Studenten- ausschuss vorhanden war, gelöst worden. In etwas voreiliger Weise — das kann ich nach der genauen Kenntnis der Vorgänge nicht zugeben. Wie ist denn die Sache zugegangen? Es war die Zeit, wo an den norddeutschen Hochschulen, insbesondere in Charlottenburg und Han- nover, dann auch an anderen Hochschulen, der Streit losgegangen war mit den katholischen Studentenverbin- dungen und in den Studentenausschüssen. Alles war in lebhafter Erregung und Bewegung in den norddeutschen Studentenkreisen, auch in den Senaten der betr. preussischen Hochschulen und in der preussischen Unterrichtsverwaltung. In diesem Augenblick ist eine neue katholische Studentenverbindung bei dem Senat angefangen worden. Eine Teilung der Verbindung „Hercynia“ sollte eintreten, eine Verbindung „Hohenstaufia“ sollte abge- splittert werden. Der Senat, der befürchtete, daß die Vermehrung der konfessionellen Verbindungen und ihrer Vertreter im Ausschuss bei den übrigen Ausschussmit- gliedern Erregung hervorrufen könnte, und die Gefahr erkannte, daß dann die nichtkonfessionellen Verbindungen sich abspalten würden von den andern, hat von dieser Vereinsgründung abgeraten. Dem Räte ist nicht gefolgt worden. Die Folge war, daß die Er- regung nun wirklich auch in der Freiburger Stu- dentenschaft entstanden und die Bewegung auf Spal- tung des gesamten Ausschusses auskam. Die War- nung des Senats hat nichts genützt. Und noch weiter: kurze Zeit darauf hat sich eine neue Spaltung der katholischen Verbindung „Bavaria“ angefangen; es sollte die neue katholische Verbindung „Urach“ begründet werden. Da haben die nicht konfessionellen Mitglieder des Ausschusses die nicht unberechtigte Ansicht erlangt, es gehe die Absicht der katholischen Studentenverbindungen dahin, allmählich die Mehrheit im Ausschuss zu erlangen, die sie nach der Zahl der Universität nicht für sich in Anspruch nehmen konnten. Der Rat des Senates, nun diese neue Teilung zu unterlassen, hat ebenfalls nichts gefruchtet. Man hat darauf bestanden, die Teilung vorzunehmen. Durch diese Vorgänge angeregt, haben die anderen Studenten erklärt: jetzt können wir nicht mehr mit den konfessionellen Vertretern zusammenbleiben. Ohne daß der Senat eingegriffen hat — er hat die Sache vollständig frei sich entwickeln lassen wollen — ist es gekommen, daß jetzt drei Ausschüsse bestehen, ein Ausschuss der nichtkonfessionellen Korporationen, ein Ausschuss der freien Studentenschaft, also der nicht- inkorporierten Studenten, und der Ausschuss der katholischen Verbindungen. Sie sind jetzt noch künstlich zu einem bestimmten Einzelzweck zusammengehalten, um die vorhandenen Schulden zu decken.

Was speziell diese Schulden betrifft, so haben sie ursprünglich etwa 5000 M. betragen, ein Betrag, der dann nicht als so sehr hoch erscheint, wenn man bedenkt, daß die Hälfte davon, 2500 M., entstanden sind durch die Errichtung des Bismarkturmcs. Die eine Hälfte der Schulden ist im letzten Semester gedeckt worden, und der Rest wird im nächsten Sommersemester gedeckt werden. Dann sollen diese drei Ausschüsse nebeneinander bestehen, völlig frei und unabhängig von einander.

Daß diese Teilung gekommen ist, bedaure auch ich, aber die Schuld an ihr liegt auf jener Seite, die ich

genannt habe. Nicht bloß wegen der speziellen Frei- burger Vorgänge, sondern durch die ganze Entwicklung des katholischen konfessionellen Vereinswesens auf den Hochschulen ist eben das Gefühl der Gemeinsamkeit ver- loren gegangen. Es ist unter den Studenten auch auf den Universitäten bereits so weit gekommen, daß sie sich nicht mehr verstehen, und wenn sie nicht mehr das Ge- fühl der Gemeinsamkeit haben, so tun sie freilich am besten, sie trennen sich.

Wie dem auch sei, wie man auch die Vorgänge in Freiburg beurteilt, so sind wir darin doch wohl alle einig, daß sowohl der Senat in Freiburg, wie auch diejenigen in Heidelberg und in Karlsruhe, in obiger Sache durchaus den richtigen Weg gegangen sind, und daß insbesondere mit vollem Recht die Großh. Unter- richtsverwaltung alles Lob für die Haltung verdient, die sie dieser Bewegung gegenüber eingenommen hat. Der badischen Unterrichtsverwaltung muß die Anerkennung und der Dank dafür ausgesprochen werden, daß bei uns die Verhältnisse lange nicht den akuten Charakter ange- nommen haben, wie wir ihn auf einzelnen norddeutschen Universitäten gefunden haben (Bravo!).

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Ueber die Frage der Errichtung eines eigenen Ministe- riums für Unterricht ist von dem Herrn Mini- ster heute nochmals gesprochen worden; ich muß aber ge- stehen, er hat das, was er früher schon vorgebracht hat, in meinen Augen heute nicht verstärkt. Eine Bemerkung möchte ich noch machen: Es scheint, als ob unsere Ausfüh- rungen tatsächlich darin mißverstanden worden wären, als ob unserem Wunsche persönliche Gründe untergeleitet hätten. Ich kann mich nur dem anschließen, was der Herr Abg. Vinz gesagt hat. Es sind, durchaus sach- liche Gründe, die uns zu unserer Stellungnahme ge- bracht haben. Wenn man uns nun sagt, es können doch nicht alle die kleinen Geschäfte, die der Herr Abg. Kopf als Lappalien bezeichnet hat, und die jetzt durch den Ober- schulrat besorgt werden, durch ein Ministerium besorgt werden, dann könnte man nun einmal die Frage stellen: welche kleinen Geschäfte sind es denn, die jetzt der Ober- schulrat besorgt und die des Ministeriums nicht würdig wären, und andererseits auch den Kreisschulräten nicht über- tragen werden können? Wir haben ja auch in der Justiz- verwaltung keine solche Mittelstelle, und es gibt doch auch in der Justiz gewisse Angelegenheiten, die man als Lappa- lien bezeichnen kann; auch sie müssen besorgt werden. Die Frage, ob wir ein neues Haus brauchen, die wird uns keine Schmerzen machen. Wir haben ja den Ober- schulrat, und wenn er aufgehoben und dafür das Unter- richtsministerium errichtet werden würde, so hätten wir ja schon ein Haus für das neue Ministerium. Wenn uns der Herr Minister nun gesagt hat, es sei doch gut, daß das Kultusministerium mit der Justiz verbunden bleibe, weil die Referenten für Kultusangelegenheiten Juristen sein müssen, so stelle ich diesem Wunsche nicht das geringste Hindernis entgegen. Ich habe gar nichts da- gegen, wenn Justiz und Kultus verbunden bleiben, denn der Unterricht hat damit eigentlich gar nichts zu tun.

Was die Frage der 6000 M. betrifft, die ge- strichen werden sollen, so nimmt man diese Sache etwas allzu tra- gisch. Ich darf nur auf eines hinweisen: Es ist wirklich ein einzig dastehender Fall in unserem Budget, daß für Stipendienzwecke für Studierende, sei es an den Hoch- schulen, sei es an Mittelschulen, Staatsmittel zur Verfö- gung gestellt werden. Im allgemeinen überläßt man es den Interessenten, den Angehörigen einer Konfession oder solchen, die sich für eine Wissenschaft besonders interessie- ren, daß sie durch Stiftungen dafür sorgen, daß Stipen- dien geschaffen werden, und ich meine, auch die evangelische Konfession könnte, wenn es ihr wirklich so sehr um den

Nachwuchs an Theologen zu tun ist, die Stipendien im Betrage von 6000 M. aufbringen, und sie bräuhete sich dann nicht mehr den Vorwurf gefallen zu lassen, der letzt- hin von jener Seite (zum Zentrum) ihr gemacht worden ist, daß sie an Opferwilligkeit und Bereitwilligkeit, Geld zu geben, hinter der katholischen Konfession zurücksteht.

Nun hat der Herr Abg. Kopf heute eine Lobrede auf die katholischen Verbindungen gehalten und dadurch eine Debatte entfesselt, um die wir nach dem gestrigen Verlaufe der Debatte schon glaubten, herumgekommen zu sein. Ich glaube wirklich nicht, daß es notwendig war, diese Lobrede zu halten, da von keiner Seite die katholischen Studentenverbindungen angegriffen worden sind. Wir haben uns darauf beschränkt, zu sagen: wir nehmen dieselbe Stellung wie vor zwei Jahren ein. Wenn nun der Herr Abg. Kopf sich verpflichtet fühlte, eine Lobrede zu halten, dann lag für uns allerdings ein Vorwurf darin, daß wir diese herrlichen Verbindungen, als welche er sie uns hingestellt hat, gar nicht zu würdigen verstehen, und daß wir aus irgend einem unverständlichen Grund dagegen eingenommen sind, und es lag nahe, daß wir uns dazu äußern mußten. Es sollen den katholischen Verbindungen ihre Bestrebungen gelassen werden, es soll auch kein Urteil darüber gefällt werden, inwieweit sie dieses Ideal, das sie in ihrer Devise aussprechen, und das sie in ihren Statuten haben, auch zur Wirklichkeit machen. Es wird bei ihnen auch nicht anders sein, als bei anderen Leuten auch, sie werden in Wirklichkeit auch nicht immer an das Ideal heranreichen. Es darf aber auch andererseits gesagt werden, daß sie in unseren Augen gewisse Eigenschaften haben, die sie uns als nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Das wesentlichste ist darüber schon gesagt worden. Es wird besonders auf die Sittlichkeit hingewiesen, die die katholischen Studentenverbindungen zum Ideal erhoben haben. Nun, der Sittlichkeitsbegriff, wie er uns immer vorgeführt und vorgehalten wird zum Ruhme der katholischen Studentenschaft, ist ein sehr engherziger und beschränkter. Sprechen wir uns doch offen aus! Sie (zum Zentrum) verstehen unter Sittlichkeit einfach die geschlechtliche Enthaltensamkeit. Das gehört gewiß auch zur Sittlichkeit, aber ich darf doch darauf hinweisen, daß damit die Sittlichkeit noch lange nicht erschöpft ist, und daran scheint man auf jener Seite weniger zu denken. Es gehört zur Sittlichkeit auch noch sehr vieles andere, vor allem auch der Mut der freien Ueberzeugung, der Mut der Wahrheit, der nicht nur darin besteht, daß man die Wahrheit ausspricht, sondern auch, daß man nach Wahrheit sucht, und zwar unbekümmert um das Ergebnis! Und ich meine: wenn man sich in eine Verbindung hinein begibt, die von vornherein die Weltanschauung festlegt, und sagt, das und das muß wahr sein, was diese oder jene Autorität uns lehrt, so besitzt man diesen Mut der Wahrheit nicht in dem Maße, wie es die Pflicht der Sittlichkeit ist. Und dann wird gesagt: die katholischen Studentenverbindungen sind eigentlich die unschuldig Verfolgten; sie sind die Friedlichen, sie führen den konfessionellen Frieden nicht. Ja, da fällt aber doch auf, wie kommt es denn, daß trotzdem von seiten der anderen Studenten eine so große Abneigung gegen sie herrscht? Ich möchte wenigstens auf einen Punkt hinweisen, der Sie vielleicht zum Nachdenken anregt. Es ist der Punkt, wie von seiten der katholischen Verbindungen ihre Mitglieder geteilt werden. Wie oft kommt es vor — wir alle, die wir einer Verbindung angehört haben und noch mit ihr in Beziehung stehen —, wie oft haben wir es schon erlebt, daß, wenn irgend ein junger Student in eine Verbindung eingetreten ist, die keinen konfessionellen Charakter trägt, und er sich dann einmal in Farben auf der Straße zeigt, er dann drei oder vier Tage darauf einen Brief von seinen Eltern bekommt: Der Pfar-

rer sei da gewesen, es sei ihm die Mitteilung geworden, daß der Sohn in eine Verbindung eingetreten sei, die nicht zu denen gehöre, welche die Kirche empfiehlt. Die Eltern fordern nun den Sohn auf, auszutreten, weil der Pfarrer es für durchaus verwerflich hält, daß er dieser Verbindung angehört. Wenn der Sohn das dann nicht tut, dann haben die Eltern ja ein außerordentlich wirksames Mittel: Es tritt dann die Budgetverweigerung ein (Steuerkeit), und der Fuchs muß ausspringen. Einige Tage darauf findet man ihn dann vielleicht in einer Mütze, die ihn als Angehörigen einer konfessionellen Verbindung kennzeichnet (Burus des Abg. Fehrenbach: Hoffentlich nicht!). Es kommt vor (Zurufe aus dem Zentrum: Aber wann?). Ich spreche nicht von einem Problema, sondern von einem Faktum. Solche Vorkommnisse sind es eben, welche die übrige Studentenschaft gegen die katholischen Verbindungen erbittern, und ich glaube, die Herren Kollegen, die alte Herren solcher katholischen Verbindungen sind, werden vielleicht gut tun, wenn sie darauf hinwirken, daß solche Vorkommnisse sich nicht allzu oft ereignen.

Es ist dann gesprochen worden von den Volkshochschulkursen, und ich habe mich hauptsächlich deshalb zum Worte gemeldet, um der Meinung entgegenzutreten, die der Herr Abg. Kopf über die Themen geäußert hat, die für diese Vorträge gewählt werden dürfen: Es sollten keine Themen gewählt werden, die irgendwie religiös Anstoß erregen können; es sollten keine Dinge vorgetragen werden, die noch Streitpunkte sind. Auf eine Aeußerung des Herrn Kollegen Frank hin hat der Herr Kollege Kopf ausdrücklich erklärt, daß seiner Meinung nach auch die Darwinistische Lehre von solchen Vorträgen ausgeschlossen sein solle, weil sie nicht Wissenschaft, sondern Hypothese sei. Dieser Anschauung muß doch entgegengetreten werden, sonst kämen wir in den Verdacht, daß dieses Hohe Haus sich an Engherzigkeit der Anschauungen von den Mitgliedern der katholischen Studentenverbindungen übertreffen lasse. Einen Gegensatz zwischen Wissenschaft und Hypothese kann man doch wahrhaftig nicht aufstellen. Der Herr Abg. Kopf weiß doch gewiß, daß die Wissenschaft ohne Hypothesen gar nicht auskommen kann und daß alle Fortschritte der Wissenschaft auf dem Wege der Hypothese gekommen sind. Auch die Theologie arbeitet mit Hypothesen, und wenn man keine Hypothesen mehr vortragen darf, sondern nur alles das, was bombensicher ist, was ganz mathematisch sicher bewiesen ist, ja, dann wird es mit Vorträgen auf allen Gebieten der Wissenschaft wahrscheinlich außerordentlich schwach bestellt sein! Dann wird ein außerordentlich enges Gebiet noch übrig bleiben. Falsch aber ist es, zu sagen, das ganze Gebiet des Darwinismus sei heute noch eine Hypothese und müsse deshalb von diesen populär-wissenschaftlichen Vorträgen ausgeschlossen werden. Ich halte es im Gegenteil für außerordentlich notwendig, daß die breiten Massen des Volkes über diese außerordentlich wichtige Frage aufgeklärt werden. Die meisten unter uns sind wohl noch zu einer Zeit in die Schule gegangen, wo man diese Frage von der Schule noch gänzlich ferngehalten hat, wo noch die alte Lehre doziert wurde, daß die heutigen Arten, Rassen und einzelnen Lebewesen noch dieselben seien, die von Anfang an da gewesen sind, wo man noch die Unveränderlichkeit der Arten in den Schulen gelehrt hat. Das war erst recht eine Hypothese, ja direkt ein Irrtum; denn es ist heute absolut sicher nachgewiesen, daß diese Lehre falsch war. Es ist nicht mehr eine Hypothese, sondern beruht auf einem ungeheuren wissenschaftlichen Material, das der Fleiß unserer Gelehrten in den letzten Jahrzehnten herbeigeschafft hat, daß diese Lehre falsch ist, daß im Gegenteil die Arten veränderlich sind, daß die heute lebenden

Wesen früher nicht so vorhanden waren, wie sie jetzt sind, daß im Gegenteil eine viele Jahrtausende, Jahr-millions alte Entwicklung besteht, in deren Lauf aus den einfachsten organischen Lebewesen die heutige Tier- und Pflanzwelt in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit sich allmählich entwickelt hat. Eine andere Frage ist es ja freilich, nun zu erklären, auf welche Weise diese Entwicklung zustande gekommen ist, welches die Triebkräfte sind, die diese Veränderung herbeigeführt haben. In dieser Beziehung kann man gewiß zugeben, daß die engere Lehre, die man als Darwinismus bezeichnet, daß alle diese Entwicklung nur durch die Zuchtwahl entstanden ist, noch nicht in dem Maße sicher bewiesen ist, wie die Tatsache an und für sich selber. Aber es wird dennoch Aufgabe solcher Vorträge sein, nicht nur in die Lehre, die absolut sicher ist, sondern auch in den heutigen Stand der Wissenschaft die Zuhörer einzuführen. Man muß eben sagen: das und das ist sicher; die Abstammungslehre z. B. ist wissenschaftlich festgelegt. Dann muß man ihnen wohl auch weiter sagen: Wie erklärt sich das nun? Und da muß man ihnen sagen: Die wahrscheinlichste Hypothese, die am besten die Tatsachen erklärt, ist die und die, und dann werden wir die Leute wirklich auch in die heutige Wissenschaft eingeführt und zu ihrer Aufklärung beigetragen haben. Davon darf man sich zweifellos auch nicht abbringen lassen, wenn vielleicht die Kirche oder einzelne Mitglieder der Kirche gegen solche Lehren Widerspruch erheben. Man darf nur daran erinnern, gegen was alles die Kirche schon Widerspruch erhoben hat: Die Lehre des Kopernikus z. B., an der heute kein Mensch mehr zweifelt, ist von der Kirche, und zwar nicht nur von der katholischen Kirche, als ein Unfönn und eine Sünde hingestellt worden und heute wird sie allgemein anerkannt. Ich bin überzeugt, es wird auch mit der Lehre Darwins in ihren Grundzügen einmal so gehen. Wir haben heute hören müssen, sie sei eine unbewiesene Hypothese. Vor einigen Jahren hat man aus den Blättern und aus den Reden jener Herren (zum Zentrum) vernehmen können: der Darwinismus sei überhaupt längst totgeschlagen, und als sein Totengräber wurde der große Gelehrte Virchow hingestellt und hochgepriesen, weil er den Darwinismus sozusagen totgeschlagen habe. Nun, auch große Männer begehen einmal einen Irrtum. Es ist aber merkwürdig, daß, wenn ein großer Mann, wie es Virchow zweifellos gewesen ist, neben recht vielen Ruhmestaten nun auch einmal einen solchen Irrtum begeht und auf einen wissenschaftlichen Abweg kommt, er von gewissen Leuten gerade wegen dessen gepriesen wird, während sie von seinen sonstigen großen Verdiensten um die Wissenschaft nicht so viel Rühmens machen. Wenn wir die Wissenschaft in das Volk hineintragen wollen — und das soll geschehen — so dürfen wir von dem Volke nicht ängstlich alles fernhalten, was etwa da oder dort anstoßen könnte, was vielleicht auch einmal die Leute in ihren religiösen Ueberzeugungen einen Augenblick irre machen könnte. Die religiöse Ueberzeugung muß eben auch das aushalten, daß sie auch einmal die Anschauungen zu hören bekommt, die mit den bisherigen Meinungen im Widerspruch stehen, und ich glaube, sie wird auch das zu überwinden wissen. Es wird aber besser sein, wenn man die Leute in wissenschaftlicher, nicht in agitatorischer Weise darauf hinweist, daß auch solche Anschauungen bestehen, daß solche Tatsachen vorhanden sind, die scheinbar oder wirklich den bisherigen Meinungen widersprechen, und ich glaube, wenn man es ernst meint mit der Religion, wenn man von der Nichtigkeit derselben überzeugt ist, dann wird man auch überzeugt sein, daß sie solche Angriffe, solche scheinbare oder wirkliche Widersprüche mit den Ergebnissen der Wissenschaft vertragen kann! Gerade das müßte

das Volk mißtrauisch gegen diese Volkshochschulkurse machen, wenn in der Menge bekannt würde: die Professoren, die uns da Vorträge halten, dürfen nicht alles sagen; es geht ihnen, wie Faust gesagt hat: „Das Beste, was du weißt, darfst du den Buben doch nicht sagen“; sie dürfen nur alles das mitteilen, was eine hohe Obrigkeit auf weltlichem und geistlichem Gebiete gestattet, und das andere müssen sie verschweigen. Ich glaube, das Vertrauen dazu wird viel größer werden — und es muß vorhanden sein, wenn sie gedeihlich wirken sollen — wenn die Zuhörer überzeugt sind, der Lehrer gibt uns alles, was er hat, er gibt uns sein Bestes und läßt sich durch keine Rücksicht abhalten, das, was er für wahr hält, so vorzutragen, wie es uns die moderne Wissenschaft lehrt (Bravo!) bei den Liberalen, Demokraten und Sozialdemokraten).

Abg. Rehmaun (natl.): Wie aus den letzten Bemerkungen hervorgeht, hat der Herr Abg. Kopf offenbar in ein Gebiet eingegriffen, daß für ihn sich als ein dornenvolles erwiesen hat. In der Tat sind die Bemerkungen über die Descendenztheorie und über die Rolle, welche die Hypothese in der Wissenschaft spielt im höchsten Grade ansehbar. Es zeigt sich darin, daß der Herr Kollege Kopf sich über die Tragweite, die die Hypothese in der Wissenschaft besitzt, durchaus nicht klar ist. Wenn er sich auf diesem Gebiete, was ja nicht seines Amtes ist, genauer umschauen würde, so würde er wahrscheinlich von Entsetzen darüber erfaßt werden, wie vieles von unserem Wissen hypothetisch ist. Er würde vor allem auch zu lernen haben, daß die Hypothese das unerläßliche Behikel ist, auf dem unsere Wissenschaft fortgeschritten ist und fortschreitet, daß die Wissenschaft dieses Behikel in dem Augenblicke als ganz gleichgültig fallen läßt, wenn es seinen Zweck erfüllt hat. Ich kann ihn in bezug auf das, was er über die Descendenztheorie gesagt hat, auf das verweisen, was der Herr Kollege Heimburger ja durchaus richtig angeführt hat, aber dann noch auf ein konkretes Beispiel. Es ist ein bekannter Zoologe, der Jesuitenpater Baßmann, der in den letzten Jahren so viel von sich reden gemacht hat, und den ich wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten, die ich genau verfolgt habe, sehr hoch schätze. Wenn der Herr Kollege Kopf sich nun die Mühe machen wollte, seine Arbeiten durchzulesen, so würde er wiederum ein Unbehagen darüber empfinden, in wie hohem Maße gerade dieser Forscher, wie alle anderen auch, von dem Geiste der Descendenz durchtränkt ist. (Abg. Kopf: Das weiß ich!) Wenn er nun vor den letzten Forderungen und Konsequenzen abgesehen ist, dann ist das etwas, was mit seiner wissenschaftlichen Arbeit nicht unmittelbar im Zusammenhange steht.

Wenn nun eine Einschränkung vorgeschlagen worden ist hinsichtlich der Hochschule auf unversängliche Thematata, die zu konfessionellen oder politischen Kontroversen keinen Anlaß geben, so kam ich das nur bedauern. Ich finde, daß dadurch das innerste Wesen dieser Kurse gefährdet wird, auch in der Richtung, die der Herr Abg. Heimburger schon dargetan hat. Man tut der Wahrfähigkeit Zwang an, wenn man sagt, man schließe gewisse Gebiete aus oder wenn man sagt: Auf diesen gewissen Gebieten darf das Letzte nicht gesagt werden, was überhaupt zu sagen ist. Man trägt dadurch in sie den Keim des Verderbens hinein, in dem Sinne nämlich, daß eben dadurch die besten Kräfte, die sich an diesen Hochschulkursen beteiligen, abgeschreckt werden. Man wird die Dozenten nicht mehr finden, die sich solche Einschränkungen gefallen lassen, man wird vor allem aber auch — und das sage ich aus den Erfahrungen, die ich selbst gemacht habe — man wird die allerbesten Arbeiter, die geistig

hochstehenden Arbeiter, aus diesen Kursen fortschreuen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), diejenigen Arbeiter, die eigentlich die Träger der ganzen Bewegung sind. Man darf sich nicht denken, daß die Arbeiter-schaft in ihrer gesamten Masse von einem so unbändigen Bildungsdrang befeelt sei, der sich durch gar nichts mehr zügeln lasse; es sind einzelne Kräfte, besonders strebsame Arbeiter, die die ganze Bewegung tragen, und bei diesen findet man den lebendigen Drang gerade nach den Früchten, die der Herr Abg. Kopf als verbotene hinzustellen gesucht hat (Sehr richtig). Das ist eine Erfahrung, die ich gemacht habe; und wenn man diese besten Kräfte, an deren Hebung ganz besonders gelegen sein muß, dadurch abschreckt, daß man ihnen gewisse Stoffe und gewisse Gebiete abschneidet, so geschieht damit der ganzen Sache ein außerordentlicher Schaden.

Herr Kollege Kopf hat dann noch die Bemerkung bemängelt, die ich gemacht habe hinsichtlich der Besetzung der Bibliothekarposten in Freiburg. Ich habe diese Bemerkung einmal besonders von dem Gesichtspunkte aus gemacht, der ja auch von der Regierungsseite als richtig anerkannt worden ist, daß unser ganzes Bibliothekswesen an unseren Hochschulen einer eigenartigen Entwicklung entgegengeht, die sich nicht wird aufhalten lassen, und daß dabei auch die vom Herrn Kollegen Lehrenbach geäußerten Wünsche ihre Befriedigung finden können. Ich habe sie auch aus der Erkenntnis der Tatsache heraus gemacht, daß ein eigener Stand in der Entwicklung begriffen ist, der Stand der Bibliotheksbeamten, der an sich den Wunsch hat, aus sich selbst heraus die Bedürfnisse zu seiner Vorbildung zu bestimmen, und der nun natürlich wünschen muß, daß Kräfte ihm ferngehalten werden, die nicht auf dem von dem Stande selbst als richtig erkannten und befürworteten Wege vorgebildet worden sind.

Im Zusammenhang damit möchte ich noch einen Wunsch aussprechen, der mir von Bibliotheksbeamten vorgebracht worden ist, und der sich bezieht auf die Besetzung der Stelle des Oberbibliothekars an der hiesigen Technischen Hochschule. Diese Beamten, mit Rücksicht auf die geringe Zahl von Stellen, die ihnen für ihr Vorrücken offen stehen, haben den Wunsch geäußert, daß diese Stelle mit einem Bibliotheksbeamten besetzt werden soll, der aus den Kräften genommen ist, die an den badischen Bibliotheken schon beschäftigt sind. Ich kann mir diesen Wunsch, insofern zu eigen machen, als nicht besondere Kenntnisse oder eine besondere Vorbildung für diesen speziellen Beamten für notwendig erachtet werden, oder falls nicht etwa, was ich nicht weiß, beabsichtigt sein sollte, diesen Bibliotheksbeamten noch mit Vorlesungen zu beschäftigen, oder ihn sonst noch irgendwie mit der Unterrichtserteilung an der Technischen Hochschule weiter zu beauftragen.

Ich möchte nun zum Schlusse noch wenige Bemerkungen machen zu der Anregung, die der Herr Abg. Jhrig hinsichtlich der Zulassung der Volksschullehrer zu den akademischen Studien gegeben hat. Diese Anregung ist von Seiten des Herrn Staatsministers beantwortet worden in einer Weise, der man wohl wird zustimmen können, und die dem Gedanken folgt, daß die Frage heute noch nicht spruchreif ist.

Es ist zweifellos, daß in unserem Volksschullehrerstand eine große Menge von Kräften sich befinden, die eine Hebung ihres Wissens und ihres Könnens sehr wohl wünschen, die tatsächlich auch die Befähigung haben, sich auf eine höhere Stufe ihres geistigen Wissens und Könnens emporzuarbeiten. Es ist ebenso zweifellos, daß wir in diesen Kräften wohl den kostbarsten Besitz zu erblicken haben, den der Volksschullehrerstand hat, und daß wir nur wünschen können, daß sich immer derartige Kräfte in diesem Stande finden, die geeignet sind, das geistige Niveau des

ganzen Standes zu heben. Es wird wohl allseitig der Wunsch bestehen, daß wir diesen hervorragend begabten Elementen die Bahnen zu den akademischen Studien öffnen.

Nun kann wohl aber kein Zweifel sein, daß der derzeitige Seminarlehrplan, der den jungen Lehrern ihr Wissen vermittelt, sie dazu in keiner Weise befähigt, und daß in der Tat, wenn die akademischen Dozenten sich sträuben, auf Grund dieses Lehrplanes die Lehrer zu den akademischen Studien zuzulassen, diesem Sträuben eine Berechtigung nicht abgesprochen werden kann; denn der ganze Zuschnitt der akademischen Vorlesungen ist doch so sehr auf die Vorbildung an einer neunklassigen Schule, ja man kann sogar sagen, auf die Vorbildung an den Gymnasien eingerichtet, daß in der Tat für das akademische Studium der Volksschullehrer sich ernsthafte Schwierigkeiten ergeben. Nun ist ja zweifellos, daß gerade diese besser begabten Volksschullehrer vielfach durch eigene Studien, zu denen ein außergewöhnlicher Fleiß, eine ungewöhnliche Kraft und Energie angewandt werden, sich vorwärts bringen. Aber das ist etwas Inkommensurables für die akademischen Dozenten; diese können auf die in der Stille des Dorfes oder der Studierstube angestellten Studien, die für sie gänzlich unkontrollierbar sind, doch nicht ihre Vorlesungen einrichten. Etwas anderes wird es sein, wenn der jetzt veröffentlichte Lehrplan der Seminare einmal zur Durchführung gelangt sein wird. Dieser Lehrplan gibt in der Tat ein derartiges Niveau der Bildung, daß dann diese Frage ernsthaft wieder erörtert werden kann. Daß in einzelnen Fällen, wo es heute schon wünschenswert ist, mit aller möglichen Nachsicht verfahren wird, und daß den einzelnen Volksschullehrern, die heute schon in der Lage sind, Kraft ihrer Begabung und besonderen Vorbildung akademischen Studien sich zuzuwenden, das möglichste Wohlwollen entgegengebracht wird, ist auch mein Wunsch.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm: Es sind im Laufe der Verhandlungen einige Fragen berührt worden, deren Beantwortung mir am Schluß der Generaldebatte noch obliegt.

Zunächst hat der Herr Abg. Kräuter wiederholt auf die Notwendigkeit der Verlegung der psychiatrischen Klinik in Freiburg hingewiesen und zur Begründung als neues Moment hinzugefügt, daß die psychiatrische Klinik im Laufe der letzten Jahre durch Einrichtung einer weiteren Abteilung jenseits der StraÙe erweitert worden sei. Das ist richtig, allein diese Abteilung, in der nur Nervenkranken, nicht Geisteskranken untergebracht sind, wird irgendwelche Anzuträglichkeiten für die Nachbarn nicht mit sich führen. Ich kann heute nur wiederholen, daß die Großh. Regierung sehr gern der Frage einer Verlegung dann näher treten wird, wenn tatsächlich das als richtig sich erweist, was die Herren Abgeordneten von Freiburg glauben, nämlich daß ohne besonderen Aufwand mit dem Erlöse aus der alten psychiatrischen Klinik ein Neubau erstellt werden kann. Bevor aber dafür der Nachweis erbracht wird, ist es ganz unmöglich, an die Verlegung zu denken, da die Klinik an sich voll auf dem Bedürfnis genügt.

Wenn der Herr Abg. Kräuter weiter darauf hingewiesen hat, daß die Beschleunigung des Baues des Kollegienhauses in Freiburg deshalb notwendig sei, weil die Unterbringung der vielen Studierenden Schwierigkeiten macht, so kann ich ihn beruhigen. Dadurch, daß in dem alten Bibliotheksgebäude eine Anzahl von Hörsälen und Seminarräumen hergerichtet worden ist, konnte allen Raumbedürfnissen für die Zwischenzeit Rechnung getragen werden. Hinsichtlich des Neubaus selbst hat bereits der Herr Staatsminister gesagt, daß

alle Anordnungen getroffen sind, um den Bau rasch zu fördern; ich kann zur Ergänzung nur beifügen, daß nach dem Vertrag mit dem Architekten die Vollendung des Kollegienhauses auf das Jahr 1910 festgesetzt ist. Ich glaube, daß in dieser Vertragsbestimmung und darin, daß der Architekt ein junger tatkräftiger Mann ist, eine ausreichende Garantie dafür liegt, daß sich die mit dem Bibliothekneubau gemachten Erfahrungen nicht wiederholen. Zu gunsten des trefflichen Künstlers, der die Universitätsbibliothek gebaut hat, möchte ich anführen, daß nach meiner Kenntnis in Freiburg die Freude über den prächtigen Bau längst den Ärger überwiegt, den seiner Zeit die lange Verzögerung und die geschäftlichen Unregelmäßigkeiten erregt haben.

Wenn aus der Rede des Herrn Abg. Kopf wie gestern aus den Worten des Herrn Abg. Fehrenbach der leise Vorwurf durchgeklungen ist, man behandle das klinische Hospital in Freiburg nicht in derselben Weise wie die Kliniken in Heidelberg, so ist schon wiederholt gesagt worden, daß solche Vergleiche unzulässig sind. Ich glaube hervorheben zu dürfen, daß erst kürzlich in dem elsässischen Landesauschuß, als darüber geklagt wurde, daß die Straßburger Universität in den letzten Jahrzehnten nicht so weiter entwickelt worden sei, wie man früher gehofft habe, darauf hingewiesen worden ist, daß Straßburg innerhalb 20 Jahren, von 1883 bis 1903, nur eine Steigerung der Dotation um 16 Proz. aufzuweisen habe. Freiburg hat aber in derselben Zeit eine Dotationssteigerung von 171 Proz. aufzuweisen und dürfte damit wohl an der Spitze aller Universitäten marschieren. Ich möchte die Herren Abgeordneten von Freiburg bitten, diese großen Opfer zu würdigen und nicht unter Außerachtlassung der geschichtlichen Vorgänge zu verlangen, daß auch hinsichtlich des klinischen Hospitals genau das geleistet werde, was in Heidelberg nach einer ganz anderen historischen Entwicklung für das akademische Krankenhaus geleistet werden muß.

Wenn ich zu der Technischen Hochschule übergehe, so bin ich dem Herrn Berichterstatter dafür dankbar, daß er darauf hingewiesen hat, daß hier nicht etwa eine magere Dotation vorliegt, sondern daß der verhältnismäßig geringe Stand der Staatsdotation daher kommt, daß durch Zunahme der Kollegienhonorare und durch Zuschüsse aus dem Reservefond das ausgeglichen werden kann, was bei den anderen Hochschulen auf den Weg der Dotationserhöhung verwiesen werden muß. Ich glaube, es besteht gar kein Zweifel, daß unsere Technische Hochschule in Karlsruhe genau in derselben blühenden, aufsteigenden Tendenz sich bewegt, wie die beiden Landesuniversitäten.

Wenn der Herr Abg. Redmann hinsichtlich der Stellung des Oberbibliothekars der Technischen Hochschule dem Wunsche Ausdruck verliehen hat, daß hier den Bibliothekaren der Landesbibliotheken Gelegenheit zum Vortreten in eine Bibliotheksvorstandsstelle geboten werden möchte, so steht dem die Erwägung gegenüber, daß es sich eben bei der Technischen Hochschule um eine wesentlich andere Aufgabe handelt, als bei den Universitätsbibliotheken. Auch hier ist für das Ministerium in erster Linie entscheidend, welche Anträge der Senat der Technischen Hochschule zur Wiederbesetzung der Stelle eingereicht hat. Nun ist von dem Senat nach Ansicht des Ministeriums vollständig zutreffend geltend gemacht worden, daß für die Ordnung und Verwaltung der Bibliothek einer Technischen Hochschule philologische Kenntnisse nicht ausreichen, daß vielmehr ein Bibliothekar gewählt werden müsse, der sich auf dem großen weiten Gebiete der Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften gründlich auskenne und schon bewiesen habe, daß er eine große Bibliothek der Naturwissenschaften und der Technik verwalten könne.

Ich glaube das Hohe Haus wird dem Unterrichtsministerium das Vertrauen schenken, daß es in allen Fällen, in denen die Berücksichtigung eines badischen Beamten möglich ist, diese auch eintreten läßt. Wenn aber sachliche Interessen etwas anderes verlangen, dann glaube ich, sollte man sich nicht auf einen engherzigen, partikularistischen Standpunkt stellen.

Sehr dankbar ist das Unterrichtsministerium dem Herrn Berichterstatter für die freundliche Beurteilung, die er der Haltung des Ministeriums in der wichtigen Privatdozentenfrage und in der Frage der konfessionellen Verbindungen hat zu teil werden lassen. Dem, was ich über die Privatdozenten und Extraordinarien in der letzten Sitzung gesagt habe, kann ich kaum etwas hinzufügen; nur die eine Erwägung hat sich mir aus dem Laufe der Verhandlungen im Hohen Hause ergeben, daß zahlreiche Wünsche hervorgetreten sind nach Vertretung von Fächern, deren Bedeutung zur Zeit kaum die Errichtung neuer Ordinariate rechtfertigen kann.

Es sind sechs neue Ordinariate verlangt worden. Es ist ganz unmöglich, daß man in einem kleineren Lande alle diese Wünsche nach Ordinariaten befriedigen kann; und da gerade ist der Punkt an dem sich eine gezielte Tätigkeit für die Privatdozenten und die Extraordinarien anknüpfen kann. Für Fächer, die zur Schaffung ordentlicher Professuren noch nicht geeignet erscheinen, deren Vertretung aber wünschenswert ist, soll im Wege der Erteilung von Lehraufträgen an Privatdozenten und Extraordinarien gesorgt werden. Darin, glaube ich mit dem Herrn Berichterstatter, wird die gesunde Weiterentwicklung dieser hochwichtigen Frage zu suchen sein.

Hinsichtlich der konfessionellen Verbindungen hat der Herr Berichterstatter der Regierung den Dank dafür ausgesprochen, daß die sonst hochgehende Bewegung an unseren badischen Hochschulen nicht denselben Charakter wie in anderen Ländern angenommen habe. Der Grund liegt wohl darin, daß sowohl die Großregierung, wie auch die Senate vom Anfang an das feste Vertrauen hatten, daß diese Bewegung, die vielleicht in dem ersten Stadium zu stürmisch und zu überschäumend war, durch den gesunden Sinn der Studierenden selbst wieder in die richtige Bahn gebracht werde. Dieses Vertrauen der Unterrichtsverwaltung und der Hochschulbehörden hat den Verlauf der Bewegung an den badischen Hochschulen glänzend gerechtfertigt.

Aber ich glaube, dieses Vertrauen sollten Sie auch in einem andern Punkte den Studenten ebenso entgegenbringen wie die Großregierung: nämlich in der Frage der Verwaltung der studentischen Angelegenheiten, besonders der Gelder durch die studentischen Ausschüsse. Nun haben — merkwürdiger Weise, muß ich sagen — die Herren Vorredner aller Parteien, die auf diesen Punkt zu sprechen gekommen sind, den Wunsch ausgesprochen, daß man in diesem Punkte die Studierenden scharf kontrollieren solle. Das ist durchaus nicht der Standpunkt des Unterrichtsministeriums. Die Sache liegt doch einfach so: auf Grund von Beschlüssen der allgemeinen Studentenversammlungen sind die Studentenausschüsse gebildet worden; das Großministerium hat lediglich unter dem Gesichtspunkt, daß es sich um allgemeine, gemeinschaftliche Angelegenheiten der Studentenschaft handelt, die Genehmigung dazu erteilt, daß von jedem Studenten ein gewisser Semesterbeitrag erhoben wird. Die Grundlage der Erhebung dieses Beitrags bildet also der Wille der Studentenschaft, die jederzeit durch einen Beschluß der Studenten wieder beseitigt werden kann. Wenn man den einzelnen Studentenausschüssen diese Beiträge zur selbständigen Verwaltung überlassen werden, so glaube ich, darf man doch das Vertrauen haben, daß junge

Männer im Alter von zwanzig Jahren tatsächlich in der Lage sind, ihre Angelegenheiten und ihre Gelder zu verwalten. Wenn von einigen Seiten Mißstände hervorgehoben worden sind, daß aus diesen Geldern für wenige Tage Diäten von 250 bis 300 Mark bewilligt, daß bei einem Frühstücken 300 M. vertrunken, daß teure Wagenfahrten gemacht worden seien, so muß ich sagen, davon weiß das Ministerium nichts und davon will das Ministerium auch nichts wissen. (Heiterkeit.) Wenn sich daraus Mißstände ergeben haben, so korrigiert sich das durchaus in den Studentenversammlungen, wo Rechenschaft über die Verwaltung des Geldes abgelegt werden muß. Dagegen umficht die Studentenausschüsse mit aller Entschiedenheit in Schutz nehmen, daß niemals etwas Unrechtes vorgekommen sei. Die Frage, wieviel ein Student braucht, wenn er als Vertreter zu einem Studentenfest auszieht, kann nicht nach dem Maßstab bemessen werden, wie er etwa in diesem hohen Hause herrscht (Heiterkeit), sondern nach dem, was der Student auf seiner frohen Fahrt tatsächlich verausgabt. Ich glaube, es ist unberechtigt, wenn man gesagt hat, daß von diesen 300 Mark 250 in die Tasche der Studierenden geflossen seien. Die sind ganz wo anders geblieben (Heiterkeit und Zusage). Ob das der Gesundheit der Studierenden zuträglich ist oder nicht, das sind andere Fragen. Aber diese Verwaltungsangelegenheiten sind Dinge, die man mit vollem Vertrauen der Studentenschaft überlassen kann. Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß selbstverständlich die Rechnungen der studentischen Ausschüsse immer nachgeprüft werden. Das Ministerium nimmt keine Einsicht davon, wohl aber die akademische Behörde. Speziell in der einen Frage, die der Abg. Kopf mit Recht angeregt hat: nämlich, daß es unzulässig sei, daß Studierende durch unmäßige Ausgaben die späteren Semester stark belasten, bestimmt das Statut des Gesamtausschusses in Freiburg: „Beschlüsse, durch welche die Einkünfte späterer Semester mit Schulden belastet werden sollen, bedürfen der Genehmigung des Senats“. Also, auch in dieser Richtung ist vollständig gesorgt. Ich glaube, daß etwaige Mißstände innerhalb der studentischen Vertretungen entsprechend gerügt werden; darüber bringt aber nichts in die Öffentlichkeit. Jedenfalls liegt nach Ansicht des Ministeriums kein Grund vor, hier polizeilich einzuschreiten.

(Gegen Schluß der vorigen Rede hat Vizepräsident Rehner das Präsidium übernommen.)

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Kopf (Zentr.): Da ich schon zweimal gesprochen habe, bin ich genötigt, in einer persönlichen Bemerkung folgendes festzustellen:

Die Ausführungen der Herren Kollegen Heimburger und Rebmann über die Notwendigkeit der Hypotheken für die Wissenschaft konnten den Eindruck erwecken, als hätte ich diese Notwendigkeit bestritten. Demgegenüber will ich ausdrücklich feststellen, daß ich persönlich recht wohl weiß, und auch persönlich der Meinung bin, daß die wissenschaftliche Forschung natürlich nicht ohne die Aufstellung von Hypotheken auskommen kann. Was ich hier gesagt habe, geht aber dahin, daß die Besprechung von solchen religiösen oder politischen oder auch naturwissenschaftlichen Gebieten, in denen mit sogenannten Hypotheken operiert wird, sich für die volkstümlichen Vortragskurse nicht eignet. Ich habe auch die Gründe dafür angegeben, und solche lediglich aus der Zweckmäßigkeit hergeleitet: es soll Beunruhigung und Mißverständnis ferngehalten werden. Ich hätte gedacht, daß man dafür allgemein Verständnis haben müßte.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

In der Spezialberatung ergreift bei Aufruf der einzelnen Positionen niemand das Wort.

Bei Aufruf des § 7 im außerordentlichen Etat (6000 Mark zur Förderung des Studiums der Theologie durch Stipendien) fügte Vizepräsident Rehner bei, daß also die Abstimmung über diese Position ausgesetzt bleiben solle.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Gsch (Soz.): Ich möchte mitteilen, daß meine Fraktion durchaus nicht damit einverstanden ist, daß eine Aussetzung der Position 7 stattfindet. Wir haben dazu unsere Zustimmung nicht gegeben. Wir wünschen, daß eine Abstimmung darüber stattfindet, denn wir lehnen diese Position ab.

Die Mehrheit des Hauses erklärt sich hierauf aber damit einverstanden, daß Position 7 ausgesetzt bleibe.

Der Berichterstatter Abg. Oskircher (natl.) macht sodann zu § 6 im außerordentlichen Etat darauf aufmerksam, daß diese Position auf Beschluß der Budgetkommission mit Zustimmung der Grob-Regierung um 4000 Mark ermäßigt worden sei.

Hierauf wird der Antrag der Kommission:

1. Zu Titel I Ministerium
 - § 1 Gehalte bezüglich der Stelle eines zweiten Ministerialdirektors B 1, wofür eine Stelle nach B 3 in Wegfall kommt, die Ausgabe im ordentlichen Etat für die Jahre 1906 und 1907 mit jährlich 700 M.;
 2. zu Titel X Unterrichtswesen, I Höhere Lehranstalten:
 - a. die Ausgabe im ordentlichen Etat für die Jahre 1906 und 1907 mit jährlich 2 265 000 M.
 - b. die Ausgabe im außerordentlichen Etat für beide Budgetjahre zusammen mit . . . 1 331 900 M.
- abzüglich der Ermäßigung bei § 6 mit . . . 4000 M.
und abzüglich der in § 7 angeforderten . . . 6000 M.
somit abzüglich von . . . 10 000 M.
also mit restlich . . . 1 321 900 M.

zu genehmigen, dagegen die Ausgabe in § 6 von 10 000 M. auf 6000 M. zu ermäßigen und diejenige in § 7 mit 6000 M. zu streichen,

zufolge des eben gefaßten Beschlusses mit Ausnahme der Schlußworte (und diejenige in § 7 mit 6000 M. zu streichen) angenommen.

Schließlich erklärt sich die Mehrheit der Hauses (gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen) mit der seitens der Mehrheit der Budgetkommission beantragten Resolution:

Hohes Haus wolle beschließen:

die Grob-Regierung ist zu ersuchen, bis zur Errichtung eines das Hoch-, Mittel- und Volksschulwesen, Künste und Wissenschaften umfassenden selbständigen Ministeriums, eine Aenderung der bestehenden Organisation des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts dahin eintreten zu lassen, daß der Grob-Regierung Oberlehrer aufgehoben und die Verwaltung der Hoch-, Mittel- und Volksschulen, sowie der Künste und Wissenschaften einer neu zu bildenden Abteilung des genannten Ministeriums, in welcher das sachmännische Element die ihm nach

seiner Bedeutung zukommende Vertretung findet, übertragen wird einverstanden.

Vizepräsident Zehner schlägt sodann vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen den Bericht der Budgetkommission zu dem Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906/7, Titel X der Ausgabe: Unterrichtswesen, II. Mittelschulen und Volksschulen, und Titel III der Einnahme: Unterrichtswesen, Mittel- und Volksschule, und dazu weiter noch die Bitte des Vereins badischer Zeichenlehrer um Verbesserung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse an den Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten.

Abg. Fröhlich (freif.), zur Geschäftsordnung: Ich möchte anfragen, ob es geraten ist, das Volksschulbudget jetzt zu beraten, bevor der Kommissionsbericht über die zum Elementarunterrichtsgesetz geplanten Änderungen erschienen ist. Wenn wir jetzt an die Beratung des Volksschulbudgets herantreten, werden wir die Fragen prinzipieller Art wahrscheinlich zweimal zur Verhandlung bekommen. Dadurch ginge sehr viel Zeit verloren. Außerdem besteht die Gefahr, daß, wenn die Großh. Regierung im Laufe der nächsten Woche vor Ostern viel in Anspruch genommen ist durch die Beratung des Volksschulbudgets, es der Schulkommission und insbesondere dem Herrn Berichterstatter kaum möglich sein wird, die Vorarbeiten in der Kommission soweit zu fördern, daß der Berichterstatter wenigstens in den Osterferien den Bericht fertig stellen kann. Ich möchte daher vorschlagen, daß entweder die Mittelschulen und die Volksschulen zurückgestellt werden, oder daß am Samstag wenigstens nur die Mittelschulen, ohne das Volksschulbudget, auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Berichterstatter Abg. Obkircher (natl.), zur Geschäftsordnung: Bezüglich des Volksschulbudgets war die Situation in den beiden letzten Landtagen ganz dieselbe oder annähernd dieselbe. Wir hatten damals weitgehende, tief eingreifende Anträge in besondere Kommissionen verwiesen und, weil die Kommissionen über diese Anträge noch nicht zum Schluß gekommen waren, als wir an die Beratung des Budgets herantreten, den Ausweg gefunden, nur die allgemeine Debatte über das Volksschulwesen bis zur Debatte über diese Anträge zu verschieben, jedoch die Budgetverhandlungen, d. h. die Verhandlungen über die einzelnen Budgetforderungen für das Volksschulwesen, an die Behandlung des Budgets des Mittelschulwesens unmittelbar anzuschließen. Das hat damals die allgemeine Zustimmung gefunden, und das wollte ich für den nächsten Samstag auch wieder als den einzig gangbaren Weg vorschlagen.

Vizepräsident Zehner: Mein Vorschlag entspricht der Intention des Herrn Präsidenten Dr. Bildens. Ich bin der Meinung, daß, wenn man die Generaldebatte aus der Beratung ausschaltet und bis zur Behandlung des Gesetzentwurfes zurückstellt, es gar keine Schwierigkeit hat, auch das Volksschulbudget am nächsten Samstag zu behandeln. Ich werde aber den Antrag Fröhlich zur Abstimmung bringen, wenn er ihn nicht ausdrücklich zurückzieht.

Abg. Fröhlich (freif.), zur Geschäftsordnung: Wir können doch nicht die Gehälter der Volksschullehrer bewilligen, wenn wir nicht wissen, wie hoch sie werden. Es werden ja verschiedene Änderungen von der Kommission vorgeschlagen. Diese Position sollte unter allen Umständen zurückgestellt werden. Ich kann daher meinen Antrag nicht zurückziehen.

Abg. Geß (Soz.), zur Geschäftsordnung: Der Fall liegt wesentlich anders, als auf den früheren Landtagen. Die materielle Seite der Sache ist doch so eng mit dem später zu behandelnden Stoff verknüpft, daß ich die Auffassung des Herrn Kollegen Fröhlich vollständig teile, und wir werden seinen Antrag unterstützen.

Abg. Gießler (Zentr.), zur Geschäftsordnung: Es hat budgetmäßig wohl gar keine Schwierigkeiten, in einem Nachtrag die Zahlen zu ändern. Es muß ja so wie so ein Nachtrag gerade für die Lehrer kommen. Wir wollen aber doch die anderen Anforderungen für die Volksschule jetzt durchberaten und bewilligen. Wir haben auch ein Interesse daran, daß diese Budgetanforderungen auch in der anderen Kammer nicht zu spät zur Beratung kommen. Wenn wir alles hinausschieben und gleichzeitig noch mit der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe befaßt sind, so würde das nur zu Schwierigkeiten führen.

Der Antrag des Abg. Fröhlich wird hierauf gegen dessen und die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

* Karlsruhe, 30. März. 54. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 31. März 1906, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beratung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel X, Einnahme Titel III — Unterrichtswesen, Mittel- und Volksschulen, sowie

die Petition des Vereins badischer Zeichenlehrer um Verbesserung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Zeichenlehrer an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten. — Drucksache Nr. 10c (II). — Berichterstatter: Abg. Obkircher.